

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jens Reuter

Jugoslawien vor dem Zerfall

Georgi Karasimeonov

Vom Kommunismus zur Demokratie in Bulgarien

Anneli Ute Gabanyi

Rumänien zwischen Revolution und Restauration

Jozsef Bata

Albaniens Weg zur Demokratie

B 14/92
27. März 1992

Jens Reuter, geb. 1942; Studium der Slavistik, Osteuropäischen Geschichte und Politischen Wissenschaften in Hamburg und Belgrad; Referent für Jugoslawien und Albanien im Südost-Institut München.

Veröffentlichungen u. a.: Die Albaner in Jugoslawien, München 1982; Jugoslavia, in: R. E. Bissel/C. Gasteyger (Eds.), The Missing Link. West European Neutrals and Regional Security, Durham-London 1990; zahlreiche Artikel in Fachzeitschriften.

Georgi Karasimeonov, Dr., geb. 1949; Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Sofia, Abteilung Theorie der Politik; Vorsitzender der Bulgarischen Gesellschaft für Politikwissenschaft.

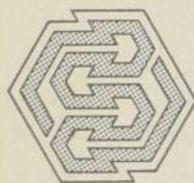
Veröffentlichungen u. a.: Die Sozialdemokratischen Parteien. Politische Rolle und sozialer Einfluß, Sofia 1988; Parteien und Politik in den USA, Sofia 1990.

Anneli Ute Gabanyi, M. A., geb. 1942; Referentin für Rumänien am Südost-Institut München.

Veröffentlichungen u. a.: Partei und Literatur in Rumänien seit 1945. Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas, München 1975; Die unvollendete Revolution, Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie, München 1990.

Jozsef Bata, Dipl.-Theologe, geb. 1958; Studium der Philosophie und der Theologie; Angestellter in der Bibliothek und Dokumentationsabteilung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen der Religion, Kultur und Politik Jugoslawiens und Albanien.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62-65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Jugoslawien vor dem Zerfall

I. Freie Wahlen als Vorstufe zum Zerfall des Landes.

1990 wurden erstmals seit dem Krieg freie Wahlen unter den Bedingungen des Mehrparteiensystems in allen jugoslawischen Republiken abgehalten. Gemeinsames Merkmal dieser Wahlen war, daß sie zu einer nationalen Homogenisierung führten. Die Wähler gaben ihre Stimmen den Parteien, die die jeweiligen nationalen Belange am besten zu vertreten schienen. So entschied man sich in *Slowenien* für die DEMOS-Koalition und in *Kroatien* für die Demokratische Gemeinschaft unter General Tudjman¹. Dabei war die Ablösung der kommunistischen Herrschaft ein sehr wichtiges Element, doch es ist bezeichnend, daß die neuen Werte wie Parlamentarismus, Rechtsstaat, Marktwirtschaft den Wähler nicht per se überzeugten. Das gelang erst in Verbindung mit dem nationalen Element, als die siegreichen Parteien nämlich argumentierten, die bürgerliche Demokratie und die Hinwendung nach Europa entsprächen dem slowenischen wie dem kroatischen Nationalcharakter und den historischen Traditionen beider Völker. Auch eine gewisse personelle Kontinuität wurde offenbar nicht als störend empfunden. Slowenischer Präsident wurde der Ex-KP-Chef Milan Kucan, nachdem er seine Mitgliedschaft im Bund der Kommunisten (BdK) Slowenien für „ruhend“ erklärt hatte. Kroatischer Präsident wurde Franjo Tudjman, der als General und später als Professor eine glänzende Karriere unter dem kommunistischen Regime machte, bis er 1967 in Ungnade fiel. Wenn die kommunistischen Parteien in Slowenien wie in Kroatien die Wahlen verloren, so primär deshalb, weil sie nicht mehr als geeignete Sachwalter der nationalen Interessen betrachtet wurden.

Im November 1990 fanden in *Makedonien* die ersten freien Wahlen statt. Die Wahlbeteiligung lag in beiden Wahlgängen bei mehr als 80 Prozent. Auch hier setzte sich mit der VMRO (Innere Makedonische Revolutionäre Organisation) eine na-

tionale und antikommunistische Partei durch, wenngleich nur mit relativer Mehrheit. Die VMRO erhielt 37 von 120 Sitzen. Den zweiten Platz belegte der Bund der Kommunisten, der sich mit dem Zusatz „Partei des Demokratischen Übergangs“ schmückte und 31 Sitze eroberte. 25 Sitze im Parlament gewann die Partei der Demokratischen Prosperität, die nationale Partei der Albaner, die in Makedonien zwischen 25 und 30 Prozent der Bevölkerung stellen. An vierter Stelle lag der kommunistische Bund der Reformkräfte, die Partei des damaligen jugoslawischen Ministerpräsidenten Ante Markovic mit 19 Sitzen. Beide gewendeten kommunistischen Parteien erreichten somit zusammen beinahe die Hälfte der Mandate. Die restlichen acht Sitze verteilten sich auf Splitterparteien. Präsident der Republik wurde der 73jährige Altkommunist Kiro Gligorov, auf dessen Wahl sich im Januar 1991 alle Parteien einigten².

Zumindest bei der VMRO wurde auch in Makedonien der gesamtjugoslawische Trend hin zu den „nationalen“ Parteien bestätigt, die vielfach weltanschaulich nicht gebunden sind und oft nicht einmal ein Programm zur Wirtschafts- oder Sozialpolitik aufweisen. Die Innere Makedonische Revolutionäre Organisation geht auf die berüchtigte gleichnamige Gruppierung zurück, die seit 1893 auch unter Zuhilfenahme von Terrorakten bestrebt war, die Autonomie der Makedonier bzw. ihre staatliche Selbständigkeit gegen die Türken und später die Serben zu erkämpfen. Die 1990 wiedergegründete VMRO strebt langfristig danach, das zwischen Bulgarien, Griechenland und Jugoslawien dreigeteilte Makedonien – eventuell auch im Rahmen einer Balkanföderation – zu vereinen. Über der Frage, welche Mittel dabei einzusetzen sind, hat sich die Partei inzwischen gespalten.

Spötter sagten, die Wahlen in *Bosnien-Herzegowina*, die am 18. November und am 2. Dezember 1990 auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts stattfanden, hätten mehr die Funktion einer Volkszählung erfüllt. Von den 240 Sitzen in beiden Kammern des Parlaments entfielen nicht weniger als

1 Vgl. zu den Wahlen in Slowenien und Kroatien: Jens Reuter, Jugoslawien im Umbruch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/90, S. 3–15.

2 Vgl. Thomas Brey, Jugoslawien: Der Vielvölkerstaat zerfällt, in: Osteuropa, (1991) 7, S. 709–724; Henrik Bischof, Systemkrise in Jugoslawien. Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1991, S. 29f.; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 8. 1991.

201 auf die nationalen Parteien. Die Partei der Demokratischen Aktion, die die Muslime repräsentiert, kam auf 86 Sitze, die Serbische Demokratische Partei erreichte 70 Mandate, während die Kroatische Demokratische Gemeinschaft 45 Abgeordnete stellte. Diese Sitzverteilung spiegelt in etwa die Bevölkerungsanteile wider, die die drei Nationen in Bosnien-Herzegowina haben. Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1991 leben in Bosnien-Herzegowina 47 Prozent Muslime, 33 Prozent Serben und 17 Prozent Kroaten.

Die zuvor regierenden Kommunisten mußten eine empfindliche Niederlage einstecken: Sie brachten es auf ganze 14 Sitze im Parlament. Der Bund der Reformkräfte – die Partei des damaligen jugoslawischen Ministerpräsidenten Markovic – kam nicht über 12 Mandate hinaus. Die drei nationalen Parteien haben 86 Prozent der Sitze in der Nationalversammlung inne. Bei der Besetzung der höchsten Staatsämter knüpften sie an das Proporzdenken früherer Zeiten an: Zum Präsidenten der Republik wurde der Muslim Alija Izetbegovic gewählt, Parlamentspräsident wurde der Serbe Momcilo Krajsnik, während der Kroat Jure Pelivan das Amt des Ministerpräsidenten erhielt³.

Im Dezember 1990 fanden freie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in *Montenegro* statt. In der kleinsten Republik mit nur 600 000 Einwohnern gaben 73 Prozent der insgesamt 390 000 Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Triumphaler Wahlsieger wurde der Bund der Kommunisten von Montenegro, der im Unterschied zu den kommunistischen Parteien in den anderen Republiken seinen Namen nicht geändert hatte. Der BdK Montenegro eroberte 83 der insgesamt 125 Sitze in der Nationalversammlung, gefolgt vom Bund der Reformkräfte mit 17 Mandaten, einem Bündnis von fünf überwiegend sozialistischen Parteien. 13 Sitze eroberte die Demokratische Koalition, ein Bündnis aus drei Parteien der Muslime und Albaner, während die Volkspartei, die für die Vereinigung Montenegros mit Serbien eintritt, 12 Mandate gewann. Zum Präsidenten der Republik wurde im zweiten Wahlgang Momir Bulatovic vom Bund der Kommunisten gewählt.

Der klare Erfolg der Kommunisten – sie eroberten bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit – ist vor allem dadurch zu erklären, daß sie ihre Vorteile als etablierte Regierungspartei weidlich auszunutzen verstanden. Sie besaßen das Informationsmonopol, d.h. die Herrschaft über Fernsehen, Funk und Presse. Folglich gelang es

den meisten oppositionellen Parteien nicht, ihr Programm und ihre Kandidaten überall in der Republik bekanntzumachen. Es handelte sich demnach um semikompetitive Wahlen im Stil einer „Balkandemokratie“.

An den ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in *Serbien* vom 9. Dezember 1990 (Nachwahlen 23. Dezember) beteiligten sich 80 Prozent der rund 6,8 Millionen wahlberechtigten Bürger. Die Albaner in Kosovo boykottierten die Wahlen, um dagegen zu protestieren, daß Serbien ihnen ihre Autonomie, ihr Parlament, ihre Regierung und die albanischsprachigen Medien genommen hatte. Zudem waren zahlreiche oppositionelle Parteien und Gruppierungen der Albaner nicht zu den Wahlen zugelassen worden. Die 34 in Kosovo vergebenen Mandate fielen so ohne Ausnahme an die regierende Sozialistische Partei, obwohl die Wahlbeteiligung in vielen Orten unter 20, ja unter zehn Prozent lag. Zum Präsidenten der Republik Serbien wurde Slobodan Milosevic von der regierenden Sozialistischen Partei bereits im ersten Wahlgang gewählt. Er bekam über 65 Prozent der Stimmen, während es sein antikommunistischer Gegenspieler von der Serbischen Erneuerungsbewegung, Vuk Draskovic, nur auf 16 Prozent brachte.

Das Mehrheitswahlrecht begünstigte die serbischen Sozialisten deutlich. Mit weniger als 50 Prozent der Wählerstimmen eroberten sie 78 Prozent aller Mandate, d.h. 194 der insgesamt 250 Parlamentssitze. Die Serbische Erneuerungsbewegung erhielt als „zweitstärkste Partei“ 7,6 Prozent der Stimmen und mußte sich mit 19 Sitzen zufriedengeben. Sieben weitere Parteien gewannen jeweils einen einzigen Sitz im Parlament, so daß sie sich zwar artikulieren, jedoch praktisch keinen politischen Einfluß ausüben können. Bemerkenswert ist der Erfolg der Demokratischen Gemeinschaft. Diese Partei, die die Interessen der Ungarn in der Vojvodina (500 000 Menschen) vertritt, eroberte acht Parlamentssitze, mehr als die in der ganzen Republik angetretene Demokratische Partei mit sieben Abgeordneten.

Der Wahlerfolg der im Juli 1990 zu Sozialisten gewendeten Kommunisten kam nicht überraschend. Zu groß war ihr Vorsprung vor den Oppositionsparteien. Die Sozialistische Partei bestimmte nicht nur Form und Ablauf der Wahl, sie beherrschte auch die Medien und verfügte zudem über Geld in fast unbegrenzter Höhe. Die Wahlen verliefen nach Ansicht internationaler Beobachter bis auf wenige Ausnahmen fair. Es bedurfte keiner zusätzlichen Manipulationen zugunsten der Sozialisten.

3 Vgl. H. Bischof (Anm. 2), S. 32f.

stischen Partei, die von vornherein dafür gesorgt hatte, daß alle Trümpfe in ihrer Hand lagen.

Die freien Wahlen, die zwischen März und Dezember 1990 in allen Republiken stattfanden, können nicht als grundsätzliche Entscheidung für die parlamentarische Demokratie westlichen Stils auf der gesamtjugoslawischen Ebene gewertet werden. Man darf nicht übersehen, daß es gewissermaßen „Landtagswahlen“ waren und daß das Entscheidende nicht stattfand, nämlich freie Wahlen zum jugoslawischen Bundesparlament. Die Wahlen in den Republiken waren ein Abgesang auf Jugoslawien, die endgültige Entscheidung, diesen Staat auf noch so demokratischer und rechtsstaatlicher Basis nicht wiederherzustellen.

Freie Wahlen zum Bundesparlament hätten all die Prinzipien auf den Kopf gestellt, nach denen das politische Leben in der Zeit nach Titos Tod ablief. Zum einen war der Bund der Kommunisten ganz und gar nach dem Republiks- bzw. Provinzschema organisiert. Daher hatten die Parteimitglieder praktisch keine Gelegenheit, für Anschauungen einzutreten, mit denen sie innerhalb ihrer Republikpartei in der Minderheit geblieben waren. Es gab nie die Möglichkeit, auf der gesamtjugoslawischen Ebene Gesinnungsgenossen zu suchen und für bestimmte Ideen zu kämpfen. Alle politischen Kommunikationskanäle hörten an den Republikgrenzen auf. Folglich gab es keine ganz Jugoslawien durchziehenden Kommunikationslinien; das ganze politische Geschehen ereignete sich im Rahmen der Republiken und hatte den Filter ihrer Interessen zu durchlaufen. Selbst die Umweltschutzbewegung, also eine Vereinigung, die ihrer Natur nach keine Grenzen akzeptieren kann, endete an den Republikgrenzen⁴.

Der Gedanke der politischen Repräsentation war in Jugoslawien in dem Sinne unterentwickelt, als nur an die adäquate Vertretung der Republiken, nicht aber an die gleichberechtigte Vertretung aller Bürger gedacht war. Die grundlegende politische Einheit war demnach die Nation und die ihr zugehörige Republik, nicht aber der Bürger, der zusammen mit Gesinnungsgenossen im ganzen Land seine Interessen zu vertreten sucht. Nach der Verfassung von 1974 setzte sich die Bundeskammer des jugoslawischen Parlaments aus 220 Abgeordneten zusammen. Jede Republik stellte – unabhängig von ihrer Einwohnerzahl – 30 Abgeordnete, jede Provinz 20. Läßt man einmal die Spezifika dieser Wahl – ihren indirekten Charakter unter

den Bedingungen der Einparteienherrschaft – außer acht, so ergibt sich, daß die Stimme eines montenegrinischen Bürgers ebensoviel politisches Gewicht hatte wie die Stimmen von 16 Bürgern der Republik Serbien⁵. Diese Relation ergibt sich aus einem Vergleich der Einwohnerzahlen von Montenegro (644 000) und Serbien (9 880 000).

Weil bundesweite politische Kommunikationslinien in Jugoslawien einfach nicht existierten und weil viele Wähler alles andere als ein Votum für die nationale(n) Partei(en) in ihrer Republik als Verrat am eigenen Volk betrachteten, blieben die wenigen gesamtjugoslawisch operierenden Parteien ohne den erhofften Erfolg. Der Bund der Reformkräfte des damaligen Ministerpräsidenten Markovic hatte zwar als einzige Partei ein detailliertes wirtschaftspolitisches Programm anzubieten, wurde aber dennoch in Serbien und Bosnien-Herzegowina schwer geschlagen. In Slowenien und Kroatien war die Partei mit dem gesamtjugoslawischen Anspruch nicht angetreten, in Makedonien konnte sie einen Achtungserfolg erzielen. Generell läßt sich sagen, daß weltanschaulich bestimmte Parteien das Rennen gegen die ethnozentrisch ausgerichteten Parteien deutlich verloren⁶. In fast allen Republiken herrschte eine Atmosphäre, in der die Errichtung neuer Nationalstaaten explizit gefordert (Slowenien, Kroatien) oder immerhin nicht ausgeschlossen wurde (Makedonien, Bosnien-Herzegowina). Lediglich in Serbien und Montenegro schien man entschlossen, am jugoslawischen Staat festzuhalten.

Die kommunistischen Parteien konnten ihre Herrschaft nur in Serbien und Montenegro behaupten. In Serbien gelang es dem zum Sozialisten geläuterten Präsidenten Milosevic, sich selbst als den wahren Sachwalter serbischer Interessen darzustellen. Die Sozialistische Partei Serbiens schnitt deutlich schlechter ab als Milosevic selbst. Die Partei ist in ihren offiziellen Stellungnahmen darum bemüht, mit ihrer kommunistischen Vergangenheit zu brechen. Serbien wird als „Opfer des Bolschewismus“ dargestellt, das in der Tito-Ära nur Entrechtung und Benachteiligung habe hinnehmen müssen. Offenkundig hat der Wähler diese Haltung honoriert, denn die betont antikommunistisch und serbisch-national auftretende Serbische Erneuerungsbewegung unter Vuk Draskovic mußte eine empfindliche Niederlage hinnehmen. Die nichtgewendeten Kommunisten in Montenegro hingegen profitierten von der Tatsache, daß den oppositionellen Par-

4 Vgl. Jens Reuter, Die Gebrechen des jugoslawischen Föderalismus, in: Politische Studien, Sonderheft 1/1990, S. 78f.

5 Vgl. Laslo Sekelj, „Real-existing Selfmanagement“ and the Disintegration of Yugoslavia, in: Südosteuropa, (1992) 1.
6 Vgl. ebd.

teien in dieser Republik die materiellen Möglichkeiten fehlten, einen Wahlkampf zu führen und sich allen Wählern zu präsentieren. In Makedonien eroberten die beiden kommunistisch orientierten Parteien knapp die Hälfte aller Parlamentsitze, ein deutlicher Beweis, daß auch hier die Wahlen nicht im Zeichen des Antikommunismus standen. In Bosnien-Herzegowina herrschte eine besondere Situation. Hier waren die Kommunisten im Sog der drei nationalen Parteien von Muslimen, Serben und Kroaten chancenlos.

Generell läßt sich feststellen, daß die kommunistischen Parteien nur dann eine Chance bei den Wahlen hatten, wenn sie sich als Exponenten und Hüter nationaler Interessen darstellen konnten und die supranationalen Aspekte ihrer Ideologie völlig in den Hintergrund stellten. In den vier Republiken, in denen die kommunistische Herrschaft abgelöst wurde, geschah dies nicht auf Druck von unten. Es gab keine empörten Menschenmengen, die demonstrierten oder die Parteizentralen stürmten, um den Rücktritt der kommunistischen Machthaber zu fordern. Es waren die Kommunisten selbst, die Wahlgesetze verabschiedeten und die Wahlen durchführen ließen, die ihre eigene Entmachtung nach sich ziehen sollten. Wenn sie Systemveränderungen in der Hoffnung vornahmen, der Wähler werde ihren Reformeifer honorieren, so sahen sie sich zumeist enttäuscht.

II. Sloweniens und Kroatiens Weg in die Unabhängigkeit

Seit dem Jahresende 1990 war klar, daß die beiden höchstentwickelten jugoslawischen Republiken die Föderation verlassen wollten und die Eigenstaatlichkeit anstrebten. Die Motive hierfür waren unterschiedlich. Slowenien hatte wegen des anhaltenden serbischen Widerstands die Hoffnung aufgegeben, ganz Jugoslawien in einen demokratisch-parlamentarischen Rechtsstaat umwandeln zu können, und sah nur noch die Möglichkeit, die dementsprechenden politischen Ordnungsvorstellungen auf seinem eigenen Territorium zu verwirklichen. Die Enttäuschung wegen der Unreformierbarkeit Jugoslawiens wurde in eine Art Trotzhaltung umgemünzt: Das kleine Slowenien mit seinen zwei Mio. Einwohnern wollte beweisen, daß es ohne das übrige Jugoslawien lebensfähig ist und den Anschluß nach Europa finden kann. Auf dieser Basis entwickelte sich ein starker Nationalis-

mus, der Slowenien und Kroatien mit dem katholischen Abendland gleichsetzte, während für das restliche Jugoslawien die Symbole Orthodoxie, Byzanz, Orient und Bolschewismus standen.

Auch in Kroatien bediente man sich dieser Zweiteilung. Doch hier war die Situation anders. Franjo Tudjman hatte bereits im Wahlkampf keinen Hehl daraus gemacht, daß er den alten Traum der Kroaten von einem unabhängigen Nationalstaat verwirklichen wollte. An Jugoslawien – in welcher Form auch immer – lag ihm nichts. Die Idee einer Konföderation der jugoslawischen Republiken war für ihn allenfalls das Durchgangsstadium zum selbständigen Staat Kroatien. In einem Rückblick auf die Aktivitäten zur Durchsetzung dieses Ziels erklärte Präsident Tudjman Anfang Juni 1991, die vergangenen zwölf Monate hätten große Erfolge auf Kroatiens Weg zur Bewährung in der Staatenwelt gebracht. In der Zeit davor sei die internationale Stellung Kroatiens kaum wahrnehmbar, ja erniedrigend gewesen. Dann jedoch habe sich die Lage wesentlich verbessert, Kroatien sei zu einer Realität des internationalen Lebens geworden. Das lasse sich an der Tatsache ablesen, daß die Republik bereits Auslandsbüros in den Vereinigten Staaten, Deutschland, Italien, Kanada und bei der Europäischen Gemeinschaft eröffnet habe⁷. Diese Stellungnahme zeigt deutlich, daß Eigenstaatlichkeit und internationale Anerkennung das höchste Ziel kroatischer Politik waren.

Zur Jahreswende 1990/91 verkündeten die Führungen Sloweniens und Kroatiens, beide Republiken würden sich zu unabhängigen Staaten erklären, sollte es binnen sechs Monaten nicht gelingen, eine einvernehmliche Lösung über die künftige Ordnung Jugoslawiens zu finden. Slowenien ließ im Dezember 1990 ein Plebiszit durchführen, in dem die Bürger entscheiden sollten, ob sie wie bisher in einem Bundesstaat oder in einer Konföderation souveräner Staaten leben wollten. Ein derartiges Referendum fand in Kroatien Ende Mai 1991 statt. Das Ergebnis war in beiden Fällen das gleiche: Eine überwältigende Mehrheit der Bürger stimmte für die konföderative Lösung.

Obwohl Kroatien und Slowenien fest entschlossen waren, der jugoslawischen Föderation den Rücken zu kehren, wurde in allen offiziellen Erklärungen und Dokumenten dieser Republiken der Begriff der Sezession oder Abspaltung sorgfältig vermieden. Dabei wäre es naheliegend gewesen, sich auf die dem Buchstaben nach noch immer gültige Bundes-

⁷ Vgl. Internationale Politik, Belgrad, Heft 989 vom 20. 6. 1991.

verfassung von 1974 zu berufen, die den jugoslawischen Völkern in ihrer Präambel ein Recht auf Sezession zusichert. Doch ähnlich wie in der sowjetischen Verfassung fehlt jeder Hinweis darauf, wie dieses Recht praktisch verwirklicht werden soll. Den Weg der Sezession wollte man in Zagreb ebenso wenig gehen wie in Ljubljana, weil man der Meinung war, daß eine Republik, die sich eigenmächtig und einseitig aus dem jugoslawischen Staatsverband absplattet, nicht einmal partieller Rechtsnachfolger Jugoslawiens werden kann. Man strebte deshalb nach der einvernehmlichen Auflösung dieses Staates, die den Nachfolgestaaten auch die Rechtsnachfolge gestattet hätte. Der positive Effekt einer solchen Lösung wäre gewesen: Alle Nachfolgestaaten hätten die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen (z. B. Vereinte Nationen, KSZE) geerbt und könnten sich grundsätzlich auf alle von Jugoslawien geschlossenen internationalen Verträge berufen. Um diesen Weg zur Auflösung Jugoslawiens zu umschreiben, prägte man in Kroatien den Begriff der „razdruzivanje“, der sich am besten mit „Dissoziierung“, d. h. Beendigung einer früher bestehenden Gemeinschaft, übersetzen läßt.

Der Weg zur Eigenstaatlichkeit war allerdings weder von den slowenischen noch von den kroatischen Politikern gründlich durchdacht worden, zumindest nicht im Hinblick darauf, wie man die internationale Anerkennung letztlich erreichen wollte. Man hatte sich dem Ziel der Selbständigkeit verschrieben und unternahm praktische Schritte zu seiner Verwirklichung, indem man zum Beispiel Zug um Zug alle rechtlichen Bindungen der beiden Republiken an die Föderation kappte. Der jugoslawische Bundesstaat sollte nicht einmal mehr minimale Rechte in Kroatien und Slowenien besitzen.

Slowenien und Kroatien wurden zu Gefangenen des von ihnen selbst aufgestellten Zeitplans. Ende Juni 1991 mußten sie die Unabhängigkeit proklamieren, wenngleich dieser Akt per se noch nicht die offene Sezession sein mußte. „Die Republik Slowenien ist ein selbständiger Staat“, „Der Staat Kroatien ist geboren“ – so lauteten die Schlagzeilen der slowenischen und kroatischen Presse am 26. Juni 1991. Am Vortag hatten die Parlamente beider Republiken in einer konzertierten Aktion feierliche Deklarationen über ihre Souveränität und Unabhängigkeit verabschiedet, die zwar in der Form sehr unterschiedlich waren, sich jedoch inhaltlich weitgehend deckten. Folgende Punkte bildeten den Kern dieser Dokumente:

1. Die jugoslawische Verfassung besitzt in beiden Republiken keine Gültigkeit mehr.
2. Die Republiken übernehmen wieder alle Rechte und Pflichten, die sie einst an den Bundesstaat übertragen hatten.
3. Die Republikgrenzen werden zu Staatsgrenzen.
4. Beide Republiken erkennen sich wechselseitig an und erklären ihre Absicht zur Gründung eines Bundes zweier selbständiger, souveräner Staaten.
5. Obwohl sich die beiden Republiken nicht länger als Teil Jugoslawiens betrachten, sind sie prinzipiell bereit, mit den übrigen jugoslawischen Republiken einen Staatenbund zu gründen, der auf folgenden Prinzipien basieren sollte: Politischer Pluralismus, Marktwirtschaft, Respektierung der Menschen- und Minderheitenrechte⁸.

Die Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien bedeuteten per se noch nicht die Sezession. Erst die Begleitumstände ließen diesen Schritt in einem derartigen Licht erscheinen. Noch Anfang Juni 1991 hatte der kroatische Ministerpräsident Manolic erklärt: „Man kann nicht einfach Hut und Mantel nehmen und Jugoslawien verlassen.“⁹ Damit war gemeint, daß die endgültige Trennung vom jugoslawischen Bundesstaat noch zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen würde. Als man in Ljubljana jedoch erklärte, die Grenz- und Zollkontrollen sofort in eigener Regie zu übernehmen und die Zolleinnahmen nicht länger an den Bund weiterzuleiten, herrschte in Belgrad Alarmstimmung. Als dann Grenzschilder mit der Aufschrift „Republik Slowenien“ errichtet wurden, war der Vorwand für eine militärische Intervention da. Doch Ziel dieser Aktion war nicht die militärische Niederwerfung Sloweniens, sondern die Wiederherstellung der jugoslawischen Grenz- und Zollhoheit und damit die zwangsweise Aufrechterhaltung der staatlichen Einheit Jugoslawiens.

III. Krieg in Slowenien und Kroatien

Die Intervention der jugoslawischen Volksarmee in Slowenien erfolgte nicht auf Befehl des Staatspräsidiums, sondern unter Bruch der Verfassung in

⁸ Vgl. Vjesnik vom 26. 6. 1991; Delo vom 26. 6. 1991.

⁹ Danas vom 18. 6. 1991.

Absprache mit der jugoslawischen Bundesregierung. Der jugoslawische Regierungschef Ante Markovic hatte zuvor gedroht, er werde alle Zwangsmittel des Staates gegen die abspaltungswilligen Republiken einsetzen. Aller Wahrscheinlichkeit nach war Serbiens Präsident Milosevic nicht nur informiert, sondern ebenfalls eine treibende Kraft bei der Militäraktion.

Die tragische Bilanz der kriegerischen Auseinandersetzungen in Slowenien: 56 Tote und 287 Verletzte, die meisten davon auf seiten der Bundesarmee. Staunend verfolgte die Welt, wie sich eine hochmotivierte Territorialverteidigung gegen eine wohlgerüstete Armee behauptete. Was die Welt nicht wußte: Die Soldaten der Bundesarmee hatten weder einen Schießbefehl noch die zum Schießen erforderliche Munition. Das galt zumindest für die Truppen, die abkommandiert waren, um die slowenischen Grenzübergänge zu besetzen. Man hatte nicht mit Widerstand gerechnet, und so wurde die Aktion wie eine innerjugoslawische Truppenverlegung gehandhabt, bei der die Ausgabe scharfer Munition ebenfalls nicht üblich war. Bewaffnet waren demnach nur die Truppen in den Kasernen, im Gegensatz zu den bereits ausgerückten Einheiten. Die Aufmarschpläne der Armee waren zudem in slowenischer Hand. Im Bundesverteidigungsministerium beschäftigte Slowenen hatten sie nach Ljubljana gemeldet. So agierte die Armee in Slowenien – bildlich gesprochen – mit angezogener Handbremse. Gleichzeitig kannte der Gegner jede Aktion im voraus. Hätte die jugoslawische Armee wirklich Krieg geführt, d. h. bedenkenlos all ihre militärischen Mittel eingesetzt, dann wäre aus Slowenien – wie ein Militärexperte bemerkt hat – innerhalb von drei Tagen ein einziger Friedhof geworden¹⁰.

Mitte Juli 1991 beschloß das von Serbien beherrschte jugoslawische Staatspräsidium völlig überraschend, die Truppen der Volksarmee aus Slowenien abzuziehen. Serbiens Vertreter im Staatspräsidium Borisav Jovic erklärte gegenüber dem Belgrader Fernsehen, die jugoslawische Armee wolle nicht in einem Landesteil stationiert sein, in dem man sie als Besatzer betrachte. Diese Aussage klang angesichts der Tatsache zynisch, daß zu diesem Zeitpunkt 70 000 Soldaten der Armee in Kroatien standen, die von der Bevölkerung dieser Republik ohne Zweifel als Besatzer angesehen wurden. Der Truppenabzug bedeutete aus ser-

10 Vgl. Irena Reuter-Hendrichs, Entstehung und Analyse des gegenwärtigen Jugoslawienkonflikts, Stiftung Wissenschaft und Politik KA 2725, Ebenhausen, Oktober 1991, S. 8f.

bischer Sicht nicht mehr als ein Bauernopfer. Die nach Bosnien-Herzegowina und nach Serbien verlegten Truppen waren jetzt für den eigentlichen Feind Kroatien eine größere Bedrohung als vorher.

In diesem Zusammenhang ist die Tatsache hervorzuheben, daß Serbiens Präsident Milosevic der natürliche Verbündete der Armeeführung war. Ideologische Nähe und landsmannschaftliche Verbundenheit fungierten als das einigende Band zwischen dem zu zwei Dritteln aus Serben bestehenden Offizierskorps und dem serbischen Präsidenten. Die Republik Serbien, die (neben dem winzigen Montenegro) als einzige die kommunistische Ordnung noch halbwegs hochhielt, stellte für die durchweg kommunistisch geprägten Offiziere so etwas wie den ideologischen Rettungsanker dar. Slowenien und Kroatien hingegen waren natürliche Feinde, weil sie als Zerstörer der kommunistischen Ordnung galten. Immerhin waren 1989 96 Prozent aller Offiziere und 100 Prozent aller Generäle und Admirale Parteimitglieder. Doch nicht nur Ideologie und Patriotismus waren ausschlaggebend für das Bündnis zwischen Offizierskorps und serbischem Präsidenten. Wenn sich die Offiziere serbischer Nationalität fragten, wer nach der von Slowenien und Kroatien in einem Zeitraum von drei Jahren geplanten Abschaffung der Volksarmee ihr Dienstherr sein und ihnen Gehalt zahlen würde, richteten sich ihre Augen automatisch auf Serbien. Diese Republik verfügte nicht nur über die wirtschaftliche Potenz zur Finanzierung der Armee, sie schien auch der legitime Erbe Jugoslawiens zu sein. Die enge Verbindung zur Armee war schon Anfang März 1991 zum Ausdruck gekommen. Es war die Armee, die in Belgrad Panzer auffuhr, um das Milosevic-Regime gegen die Opposition zu verteidigen¹¹.

Im Krieg in Kroatien nahm die Armee zunächst eine halbwegs verschleierte Funktion wahr: Sie beteiligte sich nicht an den Kämpfen gegen die kroatische Nationalgarde und die autonomen Freischärler dieser Republik, die ca. fünf Prozent der Kämpfer auf kroatischer Seite ausmachten. Sie unterstützte vielmehr die aus in Kroatien ansässigen Serben gebildeten Verbände von Freischärlern. Diese Kämpfer, die von der serbischen Regierung mit Waffen, Geld und Nahrungsmitteln unterstützt wurden, dürfen nicht mit den Tschetniks verwechselt werden, wie das vielfach in den deutschen Medien geschah. Diese neofaschistischen Kämpfer, die etwa fünf Prozent aller Kombattanten auf ser-

11 Vgl. Jens Reuter, Die Entstehung der jugoslawischen Krise, in: Südosteuropa, (1991) 7–8.

bischer Seite stellten, wurden von der serbischen Emigration finanziert und unterstanden nicht den Weisungen aus Belgrad.

Die von Belgrad finanzierten Freischärler standen im geheimen Einverständnis mit der Bundesarmee. Sie konnten den militärischen Nachrichtendienst nutzen und waren daher zumeist über die Bewegungen der kroatischen Einheiten informiert. Gerieten sie doch einmal in eine prekäre Lage, konnten sie auf die Unterstützung der Armee rechnen. Die Republik Serbien, die nicht müde wurde zu betonen, sie befände sich nicht im Krieg, hat den Krieg in Kroatien initiiert, finanziert und mehr und mehr eskaliert. Sie bediente sich dabei der serbischen Freischärler und der Armee als Instrumente, wobei sie der Armee zunächst eine weitgehend passive Rolle zugewiesen hatte.

Eine Änderung trat ein, als sich Kroatien zur Blockade der Kasernen auf seinem Territorium entschloß. Dieser Schritt wurde als Kriegserklärung gewertet. Jetzt trat die jugoslawische Volksarmee offen als kriegführende Partei in Erscheinung. Allerdings versuchte sie noch die Fiktion aufrechtzuerhalten, sie handle aus eigenem Ermessen und in eigener Verantwortung. Dabei war offenkundig, daß Serbien die Armee voll und ganz finanzierte und damit zu ihrem Brotherren geworden war. Doch nicht jeder Offizier erkannte, daß die Armee sich zu einem Instrument der serbischen Politik entwickelt hatte. Der eine oder andere General glaubte für die Wiederherstellung der sozialistischen Ordnung oder für ein einheitliches Jugoslawien zu kämpfen, wie sich anhand von öffentlichen Äußerungen nachweisen läßt.

Die serbischen Kriegsziele, die niemals offiziell artikuliert wurden – wenn man von dem Schlagwort „Schutz der serbischen Minderheit“ einmal absieht – bestanden mit Sicherheit nicht in der Eingliederung Kroatiens in ein „großserbisches Reich“. Kroatien sollte vielmehr militärisch in die Knie gezwungen werden, um es von der Sezession abzuhalten und zum Verbleib in Jugoslawien zu zwingen. Sollte sich dieses Ziel nicht realisieren lassen, dann sollten die von Freischärlern und der Armee eroberten Gebiete als Faustpfand eingesetzt werden, um bei einer Friedenskonferenz erhebliche Territorialgewinne durchzusetzen. Die militärischen Aktionen der Armee waren brutal und rücksichtslos, wenn es um Städte wie z.B. Vukovar und Osijek ging, die im europäischen Bewußtsein wenig bedeuten. Die Angriffe auf Dubrovnik und Zadar wurden zwar geführt, es wurde jedoch offensichtlich, daß man hier mit Rücksicht auf das internationale Echo bei weitem nicht alle

zur Verfügung stehenden Mittel einsetzte. Die von den Kroaten immer wieder als unmittelbar bevorstehend angekündigte Großoffensive auf Zagreb blieb ganz aus.

Die serbischen Kriegsziele waren demnach begrenzt. Hervorzuheben ist, daß die serbische Regierung keinerlei Unrechtsbewußtsein zeigte, nachdem sie sich entschlossen hatte, die Frage der kroatischen Grenzen unter Einsatz brutaler militärischer Gewalt zu lösen. Vermeintliche Rechte der serbischen Bevölkerung Kroatiens und damit verbundene territoriale Ansprüche mit der Waffe in der Hand erkämpfen zu wollen, wurde in Serbien als eine Art Naturrecht, nicht aber als blutiger Anachronismus am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts verstanden. Die vorläufige Bilanz des Krieges ist grauenhaft: 10 000 Tote, wobei die Anzahl der Verletzten diese Zahl noch übersteigen dürfte. Hinzu kommen mehr als eine halbe Million kroatischer und serbischer Flüchtlinge, die vielfach alles verloren haben, was sie sich im Leben erarbeitet haben¹².

Angesichts seiner offenkundigen militärischen Unterlegenheit konnte das kroatische Kriegsziel nur darin bestehen, das Tempo der serbischen Eroberungen zu drosseln und gleichzeitig ein Maximum an internationaler Unterstützung zu mobilisieren. Kroatien mußte als unschuldiges und hilfloses Opfer einer brutalen serbischen Aggression erscheinen, wollte es seinem Hauptziel, der internationalen Anerkennung als Staat, näherkommen. Die Anerkennung – ohnehin das ersehnte Ziel kroatischer Politik – erhielt jetzt die Funktion eines Schutzschilds, gleichzeitig erhoffte man sich von den anerkennungswilligen Staaten zumindest diplomatische Unterstützung bei der Rückgewinnung der von Serben besetzten Territorien, die immerhin ein Drittel des kroatischen Staatsgebiets ausmachen. Die politische Führung in Zagreb erhoffte sich von der internationalen Anerkennung auch die Aufhebung des Waffenembargos, das gegen ganz Jugoslawien und damit auch gegen Kroatien verhängt worden war. Nicht ohne ein gewisses Maß an Naivität ging man davon aus, daß ein unabhängiger Staat Kroatien überall Waffen kaufen könne und damit in die Lage versetzt würde, sein besetztes Staatsgebiet selbst zu befreien.

Der Krieg in Kroatien war wesentlich auch ein Medien- und Propagandakrieg. Für die Serben als Aggressor war Publizität eher hinderlich oder schädlich, während es in Kroatiens Interesse lag, daß die schrecklichen Bilder der Ereignisse in allen euro-

12 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 5. 2. 1992.

päischen Fernsehanstalten präsent waren und das Bewußtsein dafür wachhielten, daß im Herzen des Kontinents ein grausamer Krieg tobte. Dabei griff die kroatische Propaganda zum naheliegenden Mittel der Schwarzweißmalerei. Alle Massaker und brutalen Verbrechen wurden auf das Konto der Serben gebucht, während die Kroaten unschuldige Opfer bzw. heroische Kämpfer gegen einen übermächtigen Feind waren. Man kann sagen, daß Kroatien der eindeutige Sieger im Medien- und Propagandakrieg war. Die Unterstützung von seiten der EG-Staaten, die schließlich in die Anerkennung einmündete¹³, wurde auch von der Stimmung begünstigt, wie sie von den Medien erzeugt wurde.

Am 9. Januar 1992 erklärte Serbiens Präsident Milosevic den Krieg in Kroatien für beendet. In einem offenen Brief an Milan Babic, den selbsternannten Präsidenten der sogenannten „Serbischen Republik Krajina“ schrieb Milosevic, der Kriegsgrund – nämlich der Schutz der serbischen Minderheit in Kroatien – sei erloschen, weil dieses Ziel durch die geplante Entsendung von 10 000 UN-Blauhelmen gewährleistet sei. Wer sich wie Babic der Entsendung von UN-Truppen widersetze, gefährde die „vitalen Interessen“ des serbischen Volkes¹⁴.

Wie ist diese überraschende Wende in der Politik des serbischen Präsidenten zu erklären? Der wesentliche Grund liegt sicher darin, daß der Krieg nicht länger finanzierbar war. Serbien war am Ende seiner Ressourcen angelangt, nachdem es seit dem Sommer die Bundesarmee, die serbischen Freischärler und nicht zuletzt die Kriegsindustrie finanziert hatte. Allein die Versorgung der Armee mit Bargeld verschlang monatlich Dinare im Gegenwert von 150 Mio. US-Dollar¹⁵.

Der Krieg ließ sich auch deshalb nicht mehr weiterführen, weil der Widerstand der Öffentlichkeit immer stärker geworden war. Bereits am 8. September 1991 hatten die Parteichefs der serbischen Opposition die Erklärung von Genf unterzeichnet. Dieses Dokument, das von namhaften Persönlichkeiten aus allen Teilen Jugoslawiens verfaßt worden war, forderte zur Beendigung des „brutalen und sinnlosen Kriegs in Kroatien“ auf und trat für das Prinzip ein, daß die bestehenden äußeren und inneren Grenzen Jugoslawiens nicht mit Gewalt geändert werden dürfen¹⁶. Die zunehmend stärkere

Friedensbewegung in Serbien sorgte für eine kritische Atmosphäre, so daß mehr und mehr junge Männer keinen Sinn mehr darin sahen, die Uniform anzuziehen. Neunzig Prozent der Reservisten in Belgrad leisteten dem Einberufungsbefehl keine Folge, in ganz Serbien waren es siebenzig Prozent und selbst im als kriegerisch geltenden Montenegro 60 Prozent. Angehörige der Bundesarmee, die aus Makedonien und Bosnien-Herzegowina stammten, wurden von der Regierung ihrer Republik aufgefordert, in die Heimat zurückzukehren. Auch die Zahl der Deserteure nahm lawinenartig zu. Bis Ende September 1991 desertierten allein in Kroatien mehr als 11 000 Soldaten der jugoslawischen Armee. Nachdem 2 000 makedonische Soldaten entgegen der Zusicherung des Oberkommandos der III. Armee nach Kroatien an die Front geschickt worden waren, ließ das Innenministerium der Republik sämtliche Einberufungslisten verschwinden. Gleichzeitig beschloß der Rat für Volksverteidigung unter Staatspräsident Kiro Gligorov, keine Rekruten oder Reservisten mehr in die Volksarmee zu entsenden¹⁷.

Finanzielle Ausblutung Serbiens und Kriegsmüdigkeit in denjenigen Republiken, die überhaupt noch bereit waren, die Entsendung von Reservisten in Erwägung zu ziehen, brachten den Krieg zu einem vorläufigen Stillstand. Doch die geplante Entsendung von UN-Blauhelmen stieß zunächst auf Widerstand. Während sich die Führung der Republik Serbien vorbehaltlos für diesen Schritt aussprach, kündigte der Führer der Serben in der Krajina, Milan Babic, bewaffneten Widerstand an. Auch die kroatische Führung zog ihre anfängliche Zustimmung wieder zurück und stellte zusätzliche Bedingungen. Die Anwesenheit der UN-Friedenstruppen sollte auf sechs Monate bis maximal ein Jahr begrenzt werden. Kroatien bestand darauf, daß die von Serben besiedelten Territorien der Republik weiterhin unter kroatischer Rechtshoheit verbleiben, während der UN-Friedensplan nicht nur die Entmilitarisierung dieser Gebiete vorsieht, sondern auch die Übernahme der Verwaltung und Polizeigewalt durch die örtlichen Serben. Schließlich gab Präsident Tudjman trotz erheblicher Bedenken seine Zustimmung. Nach einem Treffen der fünf Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats am 13. Februar 1992 wurden erste Schritte zur Entsendung von 10 000 Blauhelmen nach Kroatien eingeleitet. Die Kosten dieser Mission beziffert man in New York auf 400 Mio. US-Dollar pro Jahr¹⁸.

13 Auf die internationalen Bemühungen zur Beendigung des Krieges – insbesondere auf die Rolle der EG und der UNO – kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden.

14 Politika vom 10. 1. 1992.

15 Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 11. 10. 1991.

16 Vgl. Erklärung von Genf, Institut für Europäische Studien der Universität Genf, Runder Tisch vom 6.–7. 9. 1991.

17 Vgl. Jens Reuter, Der Bürgerkrieg in Jugoslawien, in: Europa Archiv, (1991) 24.

18 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 14. 2. 1992.

Allem Anschein nach ließ sich die Kriegsgefahr in Kroatien durch die beschlossene Entsendung von Blauhelmen auf ein Minimum reduzieren. Doch im benachbarten Bosnien-Herzegowina eskalierten die nationalen Spannungen und drohten, einen noch schrecklicheren Krieg als in Kroatien auszulösen. In dieser multinationalen Republik fand Ende Februar ein Referendum über die Unabhängigkeit statt. Dieser Volksabstimmung, deren Abhaltung und positiver Ausgang von der Europäischen Gemeinschaft als Grundvoraussetzung für die diplomatische Anerkennung genannt war, widersetzten sich die bosnischen Serben vehement. Ihr Führer Radovan Karadzic äußerte sich zehn Tage vor dem Referendum wie folgt: „Wenn das Referendum den freien Willen des kroatischen und des muslimischen Volkes zum Ausdruck bringt, dann gibt es keinen Grund zum Krieg. Sollte das Referendum jedoch automatisch Konsequenzen nach sich ziehen – im Sinne der Unabhängigkeit von Bosnien-Herzegowina – und sollte jemand versuchen, auch den Serben diese unabhängige Republik aufzuzwingen, dann könnte er das nicht ohne Anwendung von Gewalt tun. Wenn jemand also versuchen sollte, gegenüber den Serben Gewalt anzuwenden, dann wäre der Krieg da. Ganz genau so war es auch in Kroatien.“¹⁹

Weshalb sprachen sich die Serben, die ein knappes Drittel der Bevölkerung stellen, derart vehement gegen das Referendum und einen unabhängigen bosnischen Staat aus? Ihre Befürchtungen gehen dahin, daß die Muslime ihren Bevölkerungsanteil von jetzt 47 in wenigen Jahren auf über 50 Prozent steigern werden. Sie hätten dann nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch im Parlament die Mehrheit, da in der Republik nach strikt nationalen Gesichtspunkten gewählt wird. Die Serben gehen davon aus, daß die Muslime ihre Vorherrschaft zur Gründung eines islamischen Staates nutzen werden. In diesem Gemeinwesen bliebe Serben wie Kroaten nur noch die Rolle einer widerwillig geduldeten Minderheit. Die Serben wären im bosnischen Parlament auf Dauer in der Opposition, ohne jemals die Chance zu haben, allein oder mit einem Partner die Regierung bilden zu können. So absurd und realitätsfremd die Ängste vor der Errichtung eines islamischen Gottesstaates auch sein mögen – gerade unter den Intellektuellen gibt es bei den bosnischen Muslimen sehr viele Atheisten –, die serbischen Politiker malen diesen „Alptraum“ an die Wand und machen ihre Politik damit. Wenn die Serben einen unabhängigen Staat Bosnien nicht wollen, so hängt das auch mit ihrer Option für das

„neue Jugoslawien“ zusammen. Sie möchten, daß sich die Republik Bosnien-Herzegowina dieser von Serbien und Montenegro ins Auge gefaßten Staatsgründung anschließt. Ein unabhängiges und international anerkanntes Bosnien-Herzegowina würde sich sicherlich nicht freiwillig in den serbischen Herrschaftsbereich eines „neuen Jugoslawien“ begeben.

Das von den bosnischen Serben boykottierte Referendum brachte das erwartete Ergebnis. 63 Prozent der 3,1 Mio. Wahlberechtigten gingen zu den Urnen. Von diesen stimmten fast alle, nämlich 99,4 Prozent, für das souveräne und unabhängige Bosnien-Herzegowina. Die angekündigte Revolte der Serben weitete sich rasch zum blutigen Konflikt aus. Mit Bussen und Autos wurden an mehr als zwanzig Punkten in Sarajevo Straßensperren errichtet. Bei Feuerüberfällen fanden mehrere Menschen den Tod. Die Serbische Demokratische Partei Bosniens forderte die Regierung auf, unverzüglich alle Bemühungen zur Gründung eines unabhängigen Staates einzustellen. Parteichef Karadzic erklärte, daß im Falle eines Bürgerkriegs Nordirland im Vergleich zu Bosnien ein Urlaubsort wäre²⁰.

Präsident Izetbegovic machte den rebellierenden Serben erhebliche Zugeständnisse – u. a. wurde die Unabhängigkeit auf unbestimmte Zeit vertagt und den Serben erheblicher Einfluß auf das staatliche Fernsehen zugesagt –, all diese Konzessionen wurden jedoch kurze Zeit später widerrufen. Der unabhängige Fernsehsender YUTEL richtete nicht nur dringende Appelle an die Bevölkerung, Ruhe zu bewahren. Dem Chefredakteur dieses Mediums gelang es auch, Präsident Izetbegovic und seinen Gegenspieler Karadzic zum Dialog zu bringen, der in eine vorläufige Deeskalation einmündete.

Doch die Spannung stieg wieder, als Radovan Karadzic die Europäische Gemeinschaft eindringlich vor einer Anerkennung Bosnien-Herzegowinas warnte, da sonst ein Bürgerkrieg in dieser Republik drohe. Gleichzeitig forderte der Serbenführer ein Eingreifen der jugoslawischen Bundesarmee, die in Bosnien nicht weniger als 100 000 Soldaten mit 200 000 Familienangehörigen stationiert hat. Die Armeeführung erklärte jedoch, sie werde sich im Konflikt zwischen den Völkern Bosnien-Herzegowinas strikt neutral verhalten.

Der UNO-Sonderbeauftragte Cyrus Vance sagte in Sarajevo, trotz der kritischen Entwicklung werde die Stadt das Hauptquartier für die 14 000 Soldaten der UN-Friedenstruppe bleiben. Auch das logisti-

¹⁹ In einem Gespräch mit dem Verfasser am 19. 2. 1991 in Sarajevo.

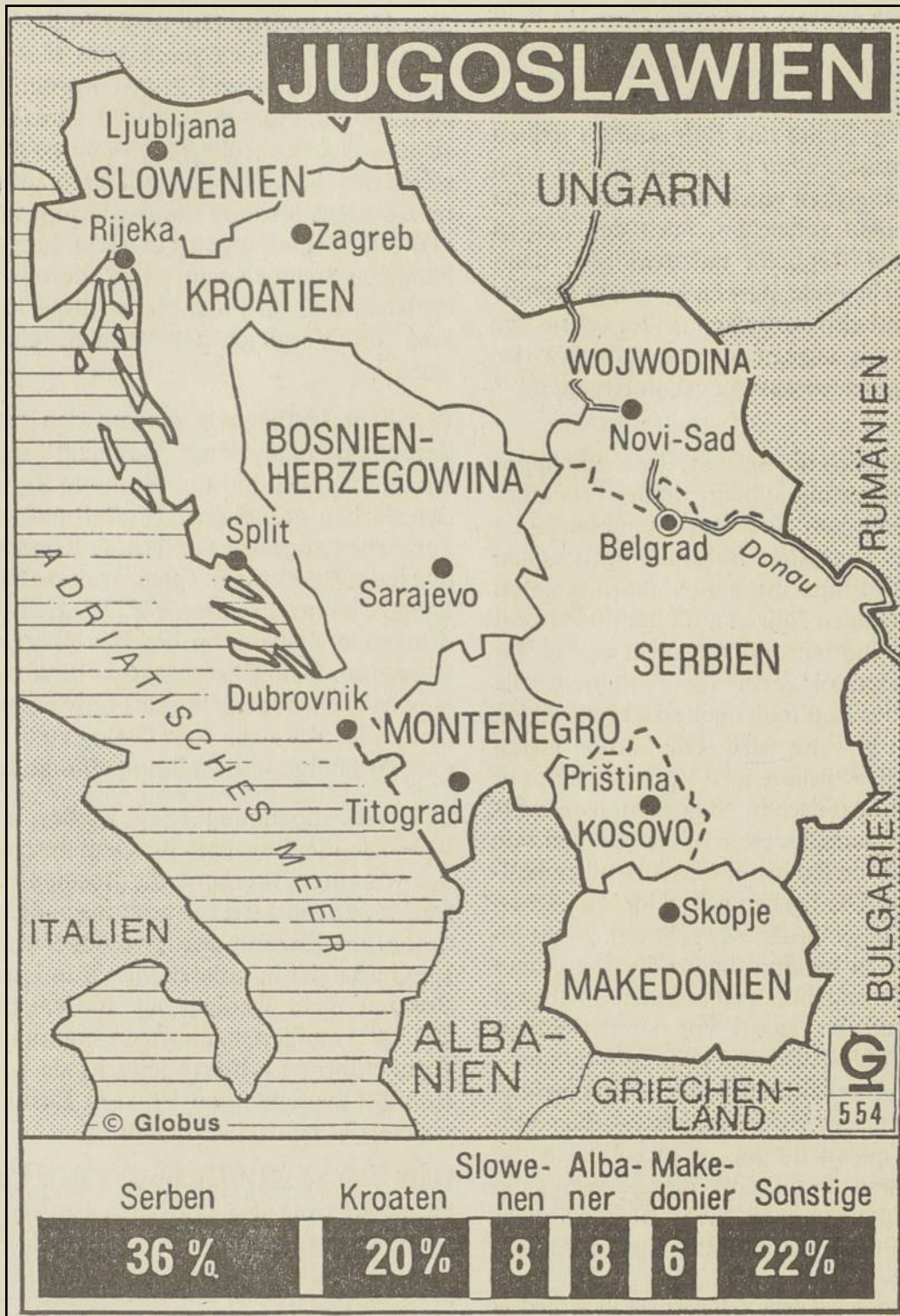
²⁰ Oslobodjenje (Sarajevo) vom 3. 3. 1992.

sche Zentrum für die Truppen werde in Bosnien – in der Stadt Banja Luka – bleiben.

Am 5. März erklärte Radovan Karadzic, die Republik Bosnien-Herzegowina werde unter der Schirmherrschaft der Europäischen Gemeinschaft aufgeteilt. Vertreter der Muslime, Serben und Kroaten würden in Brüssel zusammentreffen, um anhand von Landkarten eine „territoriale Abgrenzung“ vorzunehmen. Karadzic fügte hinzu: „Ein einheitliches Bosnien-Herzegowina gibt es nicht mehr.“²¹

21 Neue Zürcher Zeitung vom 6. 3. 1991.

Die Siedlungsgebiete der einzelnen Völker in Bosnien-Herzegowina sind derart miteinander verzahnt, daß eine wie auch immer geartete Aufteilung unmöglich erscheint. Die von den Serben beanspruchten Gebiete machen nicht weniger als 60 Prozent des bosnischen Territoriums aus. Hier handelt es sich um utopische Forderungen, die jedoch entsprechende Verhandlungen erheblich belasten werden. Wie immer eine „Aufteilung“ aussehen würde, es wäre damit zu rechnen, daß etwa 1,5 Mio. der 4,5 Mio. Einwohner Bosnien-Herzegowinas als Minderheit beim Mehrheitsvolk leben müßten.



Vom Kommunismus zur Demokratie in Bulgarien

I. Historische und politische Ausgangslage

Um einige Besonderheiten des Beginns und des anfänglichen Verlaufs des Demokratisierungsprozesses in Bulgarien nach dem Sturz des totalitären, kommunistischen Schiwkow-Regimes im November 1989 zu verstehen, ist es notwendig, gewisse Unterschiede in der historischen und politischen Entwicklung dieses Landes und einiger anderer Staaten der osteuropäischen Region herauszustellen. Es ist angebracht, diese Region in Mitteleuropa (Tschechoslowakei, Polen und Ungarn) und Südosteuropa (Bulgarien, Rumänien, Serbien und Albanien) zu unterteilen. Zwischen diesen beiden Staatenblöcken bestehen wesentliche ökonomische, politische und kulturelle Unterschiede, die noch aus der Zeit stammen, als die Herrschaft und der Einfluß der moslemischen Türken Osteuropa nach dem 14. Jahrhundert praktisch in zwei Teile gespalten hat.

Im folgenden soll auf einige Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung Bulgariens eingegangen werden, die für die Analyse der gegenwärtigen Situation von Bedeutung sind.

1. Infolge der über fünf Jahrhunderte andauernden Unterdrückung der nationalen Identität der Bulgaren und der christlichen Werte durch das türkische Reich, die erst 1878 endete, war Bulgarien in hohem Maße von der europäischen Zivilisation isoliert und seine natürliche Entwicklung als unabhängiger Staat behindert. Seine sozialökonomische und kulturelle Modernisierung im Geiste der Renaissance wurde um Jahrhunderte verzögert. Deshalb fand Bulgarien ziemlich spät seinen Weg zur Gemeinschaft der europäischen Nationen; der kulturpsychologische Einfluß des Orients und die verspätete kapitalistische Wirtschaftsentwicklung haben seine Entwicklung stark geprägt.

2. Die späte Entwicklung des Landes hat die Etablierung liberaler und demokratischer Werte im politischen Leben verzögert. In der historisch kurzen Zeitspanne bis zur Machtübernahme durch die Kommunisten (von 1878 bis 1944) wurde die politische Entwicklung des Landes durch zwei regionale

und zwei von Bulgarien verlorene Weltkriege, durch erbitterte Klassenkämpfe und gesellschaftliche Konflikte, Staatsstriche und autoritäre Regierungen unterbrochen. Dies hat die Entwicklung einer politischen Kultur im Sinne der Demokratie und stabiler demokratischer Regierungsformen behindert.

3. In dem äußerst rückständigen Bulgarien, das vorwiegend von der Landwirtschaft lebte, konnte sich weder ein einflußreiches Bürgertum noch eine bedeutende Mittelklasse herausbilden, die das Fundament einer stabilen Demokratie bilden. Die große wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit der Bauern und die Armut der Bevölkerung haben die Etablierung von egalitären und linkspopulistischen (kommunistischen, sozialistischen, agrarischen, radikaldemokratischen) Ideologien gefördert. Gerade die diesen Ideologien verbundenen Parteien haben das politische Leben des Landes vor 1944 am stärksten beeinflusst.

4. Die prorussische und panslawische Orientierung des größeren Teils der Bevölkerung (Rußland hatte Bulgarien 1878 von den Türken befreit) war ein Hindernis für die effektive Integration Bulgariens in den mittel- und westeuropäischen Raum und hat später – nach 1944 – zur Oktroyierung des bolschewistischen Regimes und des sowjetischen Einflusses beigetragen.

5. Im Unterschied zu anderen Ländern Mitteleuropas besaß das kommunistische Regime in den Augen der Bevölkerung in Bulgarien eine gewisse Legitimität bis in die siebziger Jahre, als sich die Krise des Weltkommunismus auch hier bemerkbar machte. Die kommunistische Partei war ein Instrument für den sozialen und materiellen Aufstieg eines großen Teils der unterprivilegierten sozialen Schichten, insbesondere der Bauern. Durch eine Politik der Vergünstigungen, Privilegien und der Korruption gelang es ihr, sich eine eigene Basis in dem rasch wuchernden Staats- und Parteiapparat zu schaffen. Die relative Stabilisierung des Regimes in den ersten Jahrzehnten seiner Herrschaft war auch eine Folge des wachsenden Lebensstandards der Bevölkerung und einer günstigen Wirtschaftsentwicklung, vor allem auf der Grundlage massiver Importe billiger Rohstoffe aus der Sowjetunion.

6. Kennzeichnend für die politische Entwicklung Bulgariens war der Umstand, daß es keine ernsthafte Opposition gegen die Regierung der Kommunisten gab, nachdem man die früheren politischen Parteien aus der vorkommunistischen Periode verboten und ihre Spitzenpolitiker Repressalien ausgesetzt hatte. Anders als Polen, Ungarn oder die Tschechoslowakei hat Bulgarien nie Massenaufstände oder einen Widerstand gegen das System erlebt. In einzelnen Perioden gab es eine Opposition gegen das Regime innerhalb der kommunistischen Partei, die jedoch gegen einzelne Persönlichkeiten und nicht gegen das kommunistische System als solches gerichtet war. Die ersten ernsthaften Oppositionsgruppen bildeten sich 1985 heraus, vor allem in den intellektuellen Kreisen der Universität, unter Journalisten und Schriftstellern und in erster Linie unter dem Einfluß der Perestroika Gorbatschows sowie der Ereignisse in Osteuropa. Die Unzufriedenheit der Massen und ihr Protest richtete sich hauptsächlich gegen die Schiwkow-Clique und weniger gegen das sozialistische System.

Diese Faktoren erklären, warum die Wende in Bulgarien nicht das Ergebnis einer antikommunistischen Massenprotestwelle oder einer „sanften“ Revolution von unten war, sondern als innerparteilicher Putsch begann. Er wurde von einer Gruppe jüngerer Mitglieder der Parteielite organisiert und geleitet, die sich Schiwkow widersetzte und von Moskau unterstützt wurde. Sie vollzog den Regimewechsel in dem Ehrgeiz, einen der Perestroika Gorbatschows ähnlichen Prozeß einzuleiten und das Land zu einem „modernen“ sozialistischen Staat mit begrenztem Pluralismus und marktwirtschaftlichen Mechanismen zu machen. Ihr Ziel war es, den Wendeprozess zu steuern, dabei an der Macht zu bleiben und die politische Opposition im Rahmen eines gemäßigten Antikommunismus, der die politischen und insbesondere die materiellen Interessen der Nomenklatura nicht gefährdet, möglichst gut zu kontrollieren.

II. Charakter und Etappen der Demokratisierung

Die demokratische Wende in Bulgarien hat mehrere Etappen durchlaufen, die die Spezifika der politischen Situation in Bulgarien und vor allem den relativ starken Einfluß der kommunistischen Partei widerspiegeln. Im Unterschied zu anderen osteuropäischen Ländern kam es nicht zu einem Kollaps

der kommunistischen Partei, der Demokratisierungsprozeß war durch die allmähliche Verdrängung der Nomenklatura aus ihren Positionen und parallel dazu durch die Herausbildung und das Erstarken der antikommunistischen Oppositionskräfte gekennzeichnet. Die Demokratisierung erfolgte in einer äußerst schwierigen und komplizierten Situation. Die Wirtschaft des Landes befand sich in einer schweren Krise. Das durch die menschenfeindliche Politik des Schiwkow-Regimes gegen die türkische Minderheit außerordentlich zugespitzte nationale Problem stellte eine Zeitzünderbombe dar. International befand sich das Land in einer starken Isolation.

Erste Etappe: Vom September 1989 bis zu den ersten demokratischen Wahlen im Juni 1990 wurden der Pluralismus auf allen Ebenen der Gesellschaft sowie die Grundrechte und Freiheiten der Bevölkerung wiederhergestellt, wodurch die Zivilgesellschaft „erwachen“ konnte. Im Laufe weniger Monate wurde eine große Zahl politischer Parteien gegründet, darunter auch die Union der demokratischen Kräfte (UDK), eine Koalition mehrerer Parteien und Organisationen, die zur wichtigsten antikommunistischen Alternativgruppierung wurde. Drei Hauptgruppen prägten das Profil der UDK:

- die wiederbelebten, historisch traditionellen Parteien aus der Zeit vor 1947 – die Bulgarische Sozialdemokratische Partei (BSP), die Bauernpartei „Nikola Petkow“, die Radikaldemokratische Partei, die Demokratische Partei u. a.;
- die politischen Organisationen der Dissidenten in der kommunistischen Partei, einen Teil von ihnen hatte man ausgeschlossen, andere stießen nach dem Sturz des Regimes zur Opposition, so der Klub für Glasnost und Perestroika, dessen Führer Sheljo Shelew an die Spitze der UDK trat, Ökoglasnost und die Partei der Grünen;
- politische Gruppen, die unmittelbar vor und nach der Wende von antikommunistisch orientierten oder während des vorigen Regimes unterdrückten Persönlichkeiten gebildet wurden, wie die Gewerkschaft „Podkrepa“, die Bürgerinitiative, die Bewegung für den Schutz der Menschenrechte, der Klub der Repressierten u. a.

Das Besondere in Bulgarien war, daß die Opposition weder organisatorische Erfahrungen noch eigene Presseorgane und auch keinen beträchtlichen Einfluß auf die Öffentlichkeit besaß. In der kurzen Zeit bis zu den Wahlen mußte sie ein immenses Arbeitspensum bewältigen, um sich vor ihren potentiellen Wählern und Sympathisanten zu

profilieren, die Einheit dieser äußerst heterogenen Koalition zu bewahren und ein Alternativprogramm vorlegen zu können.

Ihr größter Erfolg war die Durchführung eines „Runden Tisches“, ähnlich wie in anderen osteuropäischen Ländern. Dort gelang es ihr, sich vor der Bevölkerung zu profilieren (die Sitzungen wurden vom Fernsehen ausgestrahlt) und einige für den Demokratisierungsprozeß wichtige Siege zu erringen; der bedeutendste darunter war die Tilgung des Parteimonopols aus der Verfassung.

Daneben erreichte die Opposition eine Demokratisierung des Pressewesens und die Auflösung der Grundorganisationen der kommunistischen Partei in den Betrieben und Behörden. Mit machtvollen Straßenaktionen setzte sie die kommunistische Partei unter Druck und erzwang so wichtige Kompromisse, die zu ersten Einschnitten in die totalitären Strukturen von Partei und Staat führten.

Der Umstand, daß die UDK sehr schnell gegründet worden war, daß sie keine Erfahrungen besaß und es an Koordination fehlte, führte gleichzeitig zu gewissen Schwächen und reduzierte ihre Effektivität im Kampf gegen die kommunistische Partei. Kennzeichnend hierfür war vor allem die Tatsache, daß sie kein positives Programm besaß – es wurde erst ziemlich spät entwickelt –, daß sie die Betonung auf einen aggressiven Antikommunismus legte, wodurch sie vor allem unter den Mitgliedern der kommunistischen Partei viele potentielle Anhänger verlor, daß es ihr an ausreichend prominenten Spitzenpolitikern fehlte und es in ihren Reihen Politiker gab, die ihr schaden.

Zur gleichen Zeit gelang es der kommunistischen Partei, eine Spaltung zu verhindern und durch die Integration von möglichst vielen Reformern innerhalb der Partei die Einheit ihrer Führung zu erhalten. Ihr Wahlprogramm vom Juni 1990 orientierte sich an sozialdemokratischen Werten. Zudem hatte sie inzwischen auch ihren Namen von „kommunistische“ in „sozialistische“ Partei geändert und die Schiwkow-Clique aus ihren Reihen ausgeschlossen.

Diese politischen Schritte in einer sich verschlechternden, jedoch noch relativ stabilen Wirtschaftssituation ermöglichten ihr in den Wahlen vom Juni 1990 zur konstituierenden Volksversammlung den Sieg mit 47 Prozent der Stimmen, was ihr die absolute Mehrheit im Parlament sicherte.

Das Paradoxe an der Situation war, daß die Oppositionsfraktion, die 36 Prozent der Stimmen erhalten hatte, im Parlament stark polarisierte, was den Kommunisten die Suche nach einem Dialog außerordentlich erschwerte. De facto traten auch die an-

deren beiden Parlamentsfraktionen als Gegner der BSP auf – die der Bauernpartei mit acht Prozent der Stimmen und die der Bewegung für Rechte und Freiheiten, der Partei der türkischen Minderheit, mit sechs Prozent der Stimmen.

Die zweite Etappe war durch die Legitimierung der politischen Demokratie und das „Eindringen“ der Opposition in die Machtstrukturen gekennzeichnet. Die praktisch isolierte kommunistische Partei wollte das Land nicht allein regieren. Sie setzte alles daran, die Entwicklung durch die Bildung einer Regierungskoalition in den Griff zu bekommen. Nach dem Rücktritt des kommunistischen Präsidenten Mladenow und dem Scheitern mehrerer Versuche, einen ihr genehmeren Kandidaten auf diesen Posten zu wählen, sahen sich die Kommunisten gezwungen, den Oppositionsführer Sheljo Shelew als Staatspräsidenten zu akzeptieren. Das war der erste wesentliche Durchbruch der Opposition in den staatlichen Strukturen, durch den sie den politischen Prozeß nun ernsthaft beeinflussen konnte. Präsident Shelew machte sich diese Möglichkeit bereits in den ersten Monaten nach seinem Amtsantritt geschickt zunutze.

Die alten örtlichen Machtorgane wurden aufgelöst, in den neuen waren die Parteien des Parlaments paritätisch vertreten. Des Weiteren wurden die wichtigsten Staatsorgane, vor allem die Armee und die Polizei, entpolitisiert. Zugleich verstärkte sich der außerparlamentarische Druck gegen die kommunistische Partei.

Das Scheitern der Versuche Lukanows, des prominentesten unter den kommunistischen Spitzenpolitikern, ein neues, von den Kommunisten dominiertes Koalitionskabinett zu bilden, lähmte die Regierungstätigkeit. Unter dem Druck außerparlamentarischer Aktionen mußte er Ende 1990 zurücktreten. Der neue, neutrale Premier bildete eine Koalitionsregierung, in der die für die Wirtschaft wichtigsten Ministerposten mit Funktionären der Opposition besetzt wurden.

Alle diese Ereignisse trieben den Prozeß der Demontage der totalitären Strukturen und des zunehmenden Einflusses der demokratischen Bewegung voran. Trotz der Parlamentsmehrheit der kommunistischen Partei gelang es der Opposition, in wichtigen Machtstrukturen Fuß zu fassen. Die kommunistische Partei verlor die Initiative, unter dem Druck der demokratischen Opposition sah sie sich gezwungen, für die notwendigen Reformen zu stimmen.

Auf ihrem außerordentlichen Parteitag im September 1990 war es den Kommunisten gelungen, ihre

relative Einheit zu bewahren, obwohl die Partei über die Hälfte ihrer Mitglieder – rund 500 000 – verloren hatte. Gleichzeitig verstärkte der Umstand, daß alte, mit dem Schiwkow-Regime verbundene Kader wie der Parteivorsitzende Lilow auch weiterhin eine führende Rolle in der Partei spielen, ihre Isolation und ihre Unfähigkeit, eine gemeinsame Sprache mit den Oppositionsparteien zu finden. Als die neue Regierung Anfang 1991 aktiv wurde, waren die Bedingungen für eine Forcierung der Reformen, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, vorhanden.

Die dritte Etappe der Demokratisierung des Landes ist vor allem durch den Beginn ernsthafter Wirtschaftsreformen geprägt, wodurch die Dynamik des Übergangs zur Marktwirtschaft in Einklang gebracht wurde mit der Etablierung der pluralistischen Demokratie. Die Wirtschaftsreform wurde in einer extrem ungünstigen, fast katastrophalen ökonomischen Situation des Landes in Angriff genommen. Bulgarien bekam die Folgen der Auflösung des RGW und des ganzen Systems der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den ehemaligen sozialistischen Ländern am schwersten zu spüren. Es war am engsten an die Sowjetunion gebunden, so daß es vom Zusammenbruch der Mächte im Osten außerordentlich stark betroffen wurde. Dabei wirkte sich der Rückgang der Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion besonders negativ aus.

Nach 1984 hatten sich die Auslandsverpflichtungen Bulgariens um weitere acht Mrd. US-Dollar erhöht, so daß das Land insgesamt mit zwölf Mrd. US-Dollar verschuldet war, was eine erhebliche Belastung bedeutete. Seit März 1990 war es praktisch zahlungsunfähig, wodurch das Vertrauen der internationalen Finanzinstitute stark erschüttert wurde.

Nach den siebziger Jahren hatte das Schiwkow-Regime eine äußerst kurzsichtige Politik der Hyperindustrialisierung und der Einschränkung der Subventionen für die traditionell rentablen Zweige – die Landwirtschaft, die Leichtindustrie, den Fremdenverkehr u. a. – eingeschlagen. Ein Fehler waren auch die strukturellen Veränderungen aus dieser Zeit: die Zusammenlegung und daraus folgende Vergrößerung der Unternehmen, die zu einer Überbürokratisierung der zentral geleiteten Planwirtschaft führte.

In der Zeit zwischen dem Sturz Schiwkows und der Bildung der Regierung Popow hatte die Regierung Lukanow keine ernsthaften Schritte unternommen, eine Verschlechterung der Lage abzuwenden; die von ihr vorgenommenen unbegründeten Lohnerhöhungen erschwerten die Situation auf dem Verbrauchermarkt zusätzlich. Die Produktion ging

stark zurück und die Exportmöglichkeiten des Landes verschlechterten sich zunehmend. All das führte Ende 1990 zu einer schweren Wirtschaftskrise mit galoppierender Inflation, einem wachsenden Produktionsrückgang, einem blühenden Schwarzmarkt und „leeren Geschäften“.

Die erste Etappe der Wirtschaftsreform war mit der Stabilisierung des Staatshaushaltes und des Verbrauchermarktes verbunden. Die meisten Preise wurden liberalisiert, damit sie vom Markt bestimmt werden können, der Leitzins wurde erhöht, um die immense Geldmenge ohne Warendeckung aus dem Verkehr zu nehmen. Mit einer Reihe von Maßnahmen, unter anderem auch mit der kleinen Privatisierung, begann die Umstrukturierung und Entmonopolisierung der Wirtschaft. Unter dem Druck der Regierung verabschiedete das Parlament wichtige Gesetze, vor allem das Gesetz über den Boden, durch das das Recht auf Privateigentum legitimiert wird, das Handelsgesetz, das Gesetz über die ausländischen Investitionen, das Konkurrenzgesetz usw.

Auch wenn die rigorosen monetären Wirtschaftsmaßnahmen eine beträchtliche Verarmung der Bevölkerung bewirkten, gelang es durch sie doch, das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage teilweise wiederherzustellen. Die marktwirtschaftlichen Mechanismen begannen, wenn auch noch schwach, zu greifen, die Kontakte zu den internationalen Finanzinstituten wurden wieder aufgenommen. Gleichzeitig wurde die Reform durch den anhaltenden Rückgang der Produktion (annähernd um 30 Prozent im Vergleich zu 1989), das schwach entwickelte private Unternehmertum und das Ausbleiben ausländischer Investitionen behindert. All das führte zu einem Ansteigen der Arbeitslosenzahlen um 400 000 im Januar 1992, zu einem sinkenden Lebensstandard und zu erhöhter sozialer Unsicherheit. Ein Erfolg der Regierung war es, daß es ihr gelang, ihre Politik mit den Gewerkschaften zu koordinieren, und daß sie die Unterstützung der Parlamentsparteien erhielt und den sozialen Frieden wahren konnte.

Ein wichtiger Schritt beim Übergang zur Demokratie war die Verabschiedung einer neuen Verfassung, die von 312 der insgesamt 400 Abgeordneten unterzeichnet wurde. Trotz einiger Mängel und der Notwendigkeit einiger Novellen markiert sie eine wichtige Etappe auf dem Wege zur etablierten Demokratie. Die neue Verfassung lehnt sich im ganzen an die wichtigsten Errungenschaften der konstitutionellen Tradition in den entwickelten Demokratien an und definiert Bulgarien als einen parlamentarischen und sozialen Rechtsstaat. Von ganz

besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß in ihr die Grundrechte und Freiheiten der Persönlichkeit auf der Basis der internationalen Menschenrechtspakete verbrieft sind. Die Verfassung schreibt die Gewaltenteilung und die Einrichtung eines Verfassungsgerichts als wichtige Komponenten der Demokratie vor.

Durch die Verfassung wird die Rechtsgrundlage für die Gestaltung einer parlamentarischen, pluralistischen Demokratie und, auf der Basis der Unantastbarkeit des Privateigentums, für die Marktwirtschaft geschaffen. Die Frage nach dem Gleichgewicht und der Teilung der Gewalten wird in Bulgarien auf originelle Weise durch die verstärkte Präsidentialmacht gelöst. Der Präsident besitzt einige wesentliche Vorrechte, darunter auch ein beschränktes Vetorecht hinsichtlich der vom Parlament verabschiedeten Gesetze, und er kann Einfluß auf die Außenpolitik und die nationale Sicherheit nehmen.

Die wichtigsten Einwände der Opposition und der Parlamentsmitglieder, die die Verfassung nicht signierten, bestehen darin, daß die Rolle des Staates in den gesellschaftlichen Beziehungen noch zu groß ist und seine sozialen Funktionen noch zu weit formuliert sind. Einige oppositionelle Gruppen fordern als Staatsform die Monarchie. Ein Teil der Kritik ist berechtigt, doch das bulgarische Grundgesetz entspricht vollauf der europäischen Verfassungstradition, in der die etatistischen Momente im Gegensatz zur angelsächsischen Theorie und Praxis stärker ausgeprägt sind.

Gleichzeitig haben die kommenden Parlamente laut Verfassung das Recht, diesen oder jenen Text nach einem relativ einfachen Modus mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu novellieren. Von großer Bedeutung ist die Tatsache, daß die neue Verfassung die Rechtsgrundlage für den Demokratisierungsprozeß schafft, eine seiner wichtigen Etappen abschließt und die Verabschiedung einer Reihe von Gesetzen ermöglicht, die für die Etablierung einer demokratischen Wirtschaftsordnung notwendig sind.

Trotz der politischen und ökonomischen Krise verläuft der Demokratisierungsprozeß in Bulgarien konsequent und ohne starke Erschütterungen, die den sozialen Frieden im Lande gefährden. Trotz einiger kritischer Momente gelang es der politischen Elite, einen Ausweg aus der entstandenen Situation zu finden und Konflikte zu verhindern, die die politische Stabilität bedroht hätten. Eine Rolle spielten hier auch die neuen Parlaments- und Kommunalwahlen vom 13. Oktober 1991. Sie stellen eine außerordentlich wichtige Etappe bei der Legitimierung der demokratischen Institutionen dar.

III. Die Parlamentswahlen vom Oktober 1991 und die neuen politischen Realitäten

Am 13. Oktober 1991 wurden zum zweitenmal freie Wahlen durchgeführt, diesmal zu einem (regulären) Parlament mit 240 Abgeordneten, nach dem Verhältniswahlrecht und mit einer Vierprozentklausel für den Einzug ins Parlament.

Die Wahlen wurden von der radikalsten antikommunistischen Gruppe – der oppositionellen UDK – gewonnen. Sie erhielt fast alle Stimmen der Vorjahreswähler der Opposition (vgl. Tab. 1 und 2). Die anderen Gruppen, die sich von den Radikalen der UDK distanzieren – die Liberalen der UDK, das Zentrum der UDK und die Bauernpartei „Nikola Petkow“ – blieben unter der Vier-Prozent-Grenze und haben jetzt keine Vertreter im Parlament. Zwischen diesen vier Gruppen der einst einigen UDK war es zu gravierenden Meinungsunterschieden in taktischen, ideologischen und psychologischen Fragen gekommen. Die Radikalen warfen den anderen Gruppen und besonders dem charismatischen Vorsitzenden der Sozialdemokraten, P. Dertliw, Kollaboration mit den Sozialisten und Untätigkeit im Kampf gegen die Nomenklatura vor. Die gemäßigten Gruppen der UDK konnten ihrerseits nicht die außerparlamentarische Taktik der Radikalen akzeptieren, die aus Protest gegen die Verabschiedung der Verfassung das Parlament verlassen hatten. Hinter diesen scharfen Kontroversen kam auch der Kampf um die Macht in der UDK zum Vorschein, insbesondere zwischen den jüngeren „neuen“ Oppositionellen und der „alten“ Garde der historischen Parteien.

Die Taktik der Radikalen der UDK, der ein aggressiver Antikommunismus zugrunde lag, erwies sich letzten Endes als erfolgreich. Dazu trug auch der gescheiterte Putsch gegen Gorbatschow in Moskau bei. Sie gewannen die Wahlen mit 34,36 Prozent der Stimmen.

Das zweitbeste Ergebnis erzielte die BSP, die über eine Million ihrer Vorjahreswähler verlor und einen Rückgang von 47,15 auf 33,14 Prozent der Stimmen hinnehmen mußte. Auf diese Weise verlor sie ihre Parlamentsmehrheit und wurde zweitstärkste Fraktion. Dadurch verlor die kommunistische Partei praktisch auch die Möglichkeit, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Wenn man die Stimmen hinzuzählt, die für zentristische und kleinere Parteien abgegeben wurden, so votierten rund zwei Drittel der bulgarischen Wähler gegen die BSP.

Tabelle 1: Ergebnisse der Parlamentswahlen (13. Oktober 1991)

Parteien (Koalitionen)		Anzahl der Stimmen	Prozent	Mandate
UDK	Union der demokratischen Kräfte	1 903 567	34,36	110
BSP	Wahlbündnis der Bulgarischen Sozialistischen Partei und weiterer 9 Parteien und Organisationen	1 836 050	33,14	106
BNRP	Bulgarische Nationalradikale Partei	62 462	1,13	
BBP (v)	Bulgarische Bauernpartei (vereint)	214 052	3,86	
BRF	Bewegung für Rechte und Freiheiten	418 168	7,55	24
BBP-NP	Bulgarische Bauernpartei „Nikola Petkow“	190 454	3,44	
UDK-Z	Union der demokratischen Kräfte - Zentrum	177 295	3,20	
UDK-L	Union der demokratischen Kräfte - Liberale	155 902	2,81	
BBB	Bulgarischer Business-Block	73 379	1,32	
KKB	Konföderation „Königreich Bulgarien“	100 883	1,82	

Wahlbeteiligung 5 540 837 (84 Prozent)
(Parteien mit über ein Prozent der Stimmen)

Tabelle 2: Ergebnisse der wichtigsten Parteien und Koalitionen in den Parlamentswahlen vom Juni 1990 und vom Oktober 1991

	Juni 1990		Oktober 1991	
	Anzahl der Stimmen	in Prozent	Anzahl der Stimmen	in Prozent
UDK	2 216 127	(36,20)	1 903 567	(34,36)
BSP	2 886 363	(47,15)	1 836 050	(33,14)
BBP	491 500	(8,03)	214 052	(3,86)
BRF	368 929	(6,03)	418 168	(7,55)

Wahlbeteiligung 1990: 91 Prozent; 1991: 84 Prozent

Gleichzeitig sollte man jedoch nicht vergessen, daß die Niederlage der BSP nur sehr knapp ausfiel, die UDK hat nur vier Sitze mehr im Parlament. Folglich bleibt die BSP auch in Zukunft eine ernstzunehmende Opposition mit starkem Einfluß im Lande, vor allem in bestimmten Regionen und sozialen Gruppen. Ihr Potential ist immer noch beträchtlich, ihre Möglichkeiten, Widerstand zu leisten oder die Tätigkeit der neuen Regierung zu sabotieren, dürfen nicht unterschätzt werden. Im Vergleich zu den anderen Parteien hat sie mit rund 450 000 immer noch eine große Mitgliederzahl, sie besitzt eine stabile organisatorische Struktur und gute Kaderreserven.

Parallel dazu vollziehen sich innerhalb der BSP gewisse Veränderungen. Eine neue Gruppe junger Führungspersonlichkeiten verdrängte auf ihrem Parteitag im Dezember 1991 den bisherigen Vorsitzenden Alexander Lilow von seinem Posten. Der neue 33jährige Parteivorsitzende Jean Widenow gilt als „Zentrist“, sogar als konservativ. In der Politik hat er keine nennenswerten Erfahrungen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er in Zukunft den von Lilow verfolgten Kurs der Balance zwischen Konservativen und Reformern in der BSP fortsetzen

wird. Die Reformer weigerten sich ihrerseits, in der neuen Parteiführung zu arbeiten und bildeten die Fraktion „Vereinigung für soziale Demokratie“. Es wäre denkbar, daß sie in Zukunft die BSP verlassen und eine eigene, sozialdemokratisch orientierte Partei gründen. Die Tatsache, daß Lilow, ein Vertreter der alten Nomenklatura, ausgeschaltet wurde, zeugt von Umschichtungsprozessen in der höheren Hierarchie und dem Vorstoß einer neuen Generation von Führungspersonlichkeiten in der BSP. Sie werden sich bemühen, den Einfluß ihrer Partei im politischen Raum links vom Zentrum zu bewahren. Im Spektrum der Linksparteien hat die BSP bisher keine ernstzunehmende Konkurrenz. Zudem besitzt sie eine stabile Basis, rund 25 Prozent der Bevölkerung gehören zu ihren Stammwählern. All das garantiert ihr auch in Zukunft eine nicht unwesentliche Präsenz im politischen Leben. Den größten Einfluß hat sie in den Dörfern und Kleinstädten sowie unter der älteren Bevölkerung.

Die Stellung der BSP als Oppositionspartei wird sich zweifellos auf ihre weitere Entwicklung auswirken. Einer der ersten legislativen Akte des neuen Parlaments war die Verstaatlichung des Vermögens

der ehemaligen kommunistischen Partei, wodurch sie ihre finanzielle Macht verlor, durch die sie gewisse Vorteile im Vergleich zu den anderen politischen Parteien besaß. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Differenzierung innerhalb der Partei zwischen ihren jüngeren Mitgliedern und den in immer größere Isolation geratenden Überresten der ehemaligen Nomenklatura vertiefen wird.

Sollte es ihr aber nicht gelingen, sich selbst zu modernisieren und entschieden mit ihrer totalitären Vergangenheit zu brechen, wird sie als Partei in zunehmende Isolation geraten und allmählich alle Möglichkeiten verlieren, Einfluß auf das politische Geschehen zu nehmen. Die Prozesse in dieser Partei sind also kompliziert und widerspruchsvoll, die kommenden Monate werden zeigen, in welcher Richtung sie sich, vor allem nach dem Führungswechsel, entwickeln wird.

In ihrer Haltung zum neuen Kabinett der UDK setzt die BSP vor allem auf die „antitürkische“ Karte und den Nationalismus. Sie wird die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die Diskreditierung der regierenden Partei nutzen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sie versuchen wird, eine Parlamentskrise und Neuwahlen zu provozieren, um ihre verlorenen Positionen wiederzugewinnen. In den kommenden Monaten werden sich die Sozialisten in der Defensive befinden und viele ihrer Vorteile in den staatlichen Strukturen verlieren. In einer Reihe von Institutionen des Staatsapparates wird man vermutlich viele Mitglieder der ehemaligen kommunistischen Partei durch neue Personen ersetzen, die mit der ehemaligen Opposition verbunden sind.

Der andere Wahlsieger vom Oktober 1991 ist die Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF), die Partei der türkischen Minderheit, die 7,55 Prozent der Stimmen erhielt. Da weder die UDK noch die BSP die absolute Mehrheit im Parlament besitzen und keine anderen Parteien ins Parlament gewählt wurden, ist die BRF jetzt eine Art Schiedsrichter, ohne deren Unterstützung die UDK nicht regieren kann. Die starke Konfrontation zwischen UDK und BSP verwandelt die BRF unweigerlich in einen Partner der UDK. Das zwangsweise Bündnis zwischen UDK und BRF wird der neuen Regierung viel Kopfschmerzen bereiten, da sie praktisch von der Unterstützung der „türkischen“ Partei abhängig ist. Die öffentliche Meinung in Bulgarien steht dem im großen und ganzen feindlich und äußerst reserviert gegenüber, da es nach der Befreiung Bulgariens noch nie eine solche Situation gegeben hat.

Bisher hat die BRF keine Ansprüche gestellt, sie ist auch nicht an der Regierung beteiligt, da sie sich der

diffizilen Situation bewußt ist. Es ist bisher auch unklar, welchen Preis die BRF dafür verlangen wird, daß sie die UDK unterstützt. Es wäre denkbar, daß die BRF bestimmte Gesetze fordern wird, zum Beispiel über den Türkischunterricht in den Schulen und die Erweiterung der kulturellen Autonomie der Türken. Solche Forderungen stoßen auf den Widerstand der bulgarischen Öffentlichkeit, vor allem in den Gebieten mit bulgarischer und türkischer Bevölkerung, und auch der meisten politischen Parteien außerhalb der UDK. Die Furcht vor einer eventuellen Forderung der türkischen Bevölkerung nach politischer Autonomie und das „Zypersyndrom“ sind im Volk und den politischen Kreisen weit verbreitet. Manche Politiker sind auch der Meinung, daß die BRF von der Türkei abhängig ist und ihren Interessen dient, trotz der Versicherungen des Führers der Bewegung, A. Dogan, daß sie eine nationale Partei sei und sich die Erhaltung der territorialen Integrität Bulgariens zum Ziel setze. Hinzu kommt der Konflikt um die Verfassungsmäßigkeit der BRF, da das neue Grundgesetz die Bildung politischer Parteien auf ethnischer Basis verbietet. Das neue Verfassungsgericht wurde bereits zu dieser Frage angerufen und wird sich dazu vermutlich sehr bald äußern müssen. Sollte es die BRF verbieten, so ist nicht ausgeschlossen, daß sich die ethnischen Konflikte zuspitzen und es zu Komplikationen in den Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei kommt.

Im Zuge dieser Gedanken muß darauf verwiesen werden, daß eine aktive „Schiedsrichterrolle“ der BRF im Parlament nicht nur die nationale Frage im Lande, sondern auch den Demokratisierungsprozeß komplizierter machen kann. Es besteht die Gefahr, daß sich der Nationalismus verstärkt, was unvorhersehbare Folgen für die Stabilität des Landes haben kann. Die nationalistische Kampagne in den Reihen der BSP und anderer politischer Kräfte nimmt zu, so daß eine Zuspitzung der Konflikte in den Regionen mit überwiegend türkischer Bevölkerung denkbar ist. Der Faktor BRF hat eine unerwartete Situation im Parlament geschaffen, da dort keine anderen Parteien vertreten sind, die eventuell eine Koalition, insbesondere mit der UDK, eingehen könnten, und der Kurs der BRF hinsichtlich der nationalen Frage unklar ist. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß sich die politischen Konflikte, vor allem zwischen den Fraktionen der UDK und der BSP, in absehbarer Zukunft im Zusammenhang mit diesem Problem verstärken werden.

Nicht wenige politische Beobachter sind der Ansicht, daß die extrem zugespitzte Situation 1992 zu Neuwahlen führen wird. Andere Kreise in der UDK stehen auf dem Standpunkt, daß das Parla-

ment für die ganze Legislaturperiode tätig bleiben kann, falls sich die Zusammenarbeit zwischen BRF und UDK festigt. Die kommenden Monate werden zeigen, welche dieser beiden Meinungen Recht behalten wird.

Aufgrund des Wahlsystems konnten mehrere Parteien mit dem Anspruch auf zentristische Orientierung nicht ins Parlament einziehen. Das war eine der großen Überraschungen dieser Wahlen. Einige der zentristisch orientierten Parteien und Koalitionen waren in den vergangenen Wahlen Teil der Union der demokratischen Kräfte, so die Bulgarische Sozialdemokratische Partei, die Partei der Grünen und die Bulgarische Bauernpartei „Nikola Petkow“. Die andere Bauernpartei, einst Regierungspartner der Kommunisten, hatte in den Wahlen für das vorige Parlament rund acht Prozent der Stimmen erhalten. Im Vorfeld der Wahlen 1991 schlossen sich die Sozialdemokraten mit einem Teil der Gruppe Ökoglasnost und zwei kleineren Parteien zum sogenannten Zentrum der UDK zusammen, die Grünen bildeten mit den Klubs für Demokratie und weiteren Organisationen die „Liberalen der UDK“. Sowohl die beiden Bauernparteien als auch die beiden neuen Koalitionen hofften, daß sie genügend Stimmen unter den Vorjahreswählern der UDK und der kommunistischen Partei gewinnen würden, um im neuen Parlament einen Zentrumsblock bilden zu können. Alle vier scheiterten jedoch an der Vier-Prozent-Klausel. Für dieses Ergebnis gibt es mehrere Gründe, zwei davon erscheinen als besonders wichtig:

- Es gelang diesen Gruppierungen nicht, sich vor den Wahlen zusammenzuschließen und ein eigenes Wahlbündnis zu bilden, das mit den beiden großen Formationen, der BSP und der UDK, konkurrieren konnte.
- Die öffentliche Meinung und die Mehrheit der Wähler waren mit der Frage „Für oder gegen den Kommunismus“ konfrontiert, wodurch sich die zentristisch orientierten Parteien nicht ausreichend profilieren und kein sehr überzeugendes Alternativprogramm vorlegen konnten.

Zugleich erhielten diese Parteien und Koalitionen insgesamt über 13 Prozent der Stimmen, was dafür spricht, daß die zentristische Alternative öffentliche Zustimmung findet. Nach entsprechender Umgruppierung und Umstrukturierung können diese Parteien und Koalitionen durchaus wieder mit einer Vertretung im Parlament rechnen. Ihre Spitzenpolitiker sind momentan in dieser Richtung aktiv: Ende Oktober wurde das Bulgarische Demokratische Zentrum gegründet, eine Koalition, der vorläufig das Zentrum und die Liberalen der UDK an-

gehören. Ihre Initiatoren werden vermutlich versuchen, auch die beiden Bauernparteien sowie andere politische Gruppen und unabhängige Intellektuelle für sie zu gewinnen, die sich weder an die UDK noch an die BSP binden wollen. Die neue Koalition muß ihre Standpunkte und ihre Plattform klären, denn in den nächsten Wahlen wird sie vermutlich bestrebt sein, jene Wähler für sich zu gewinnen, die im Oktober 1991 für keine der beiden größten politischen Kräfte im Parlament votiert haben.

Parallel zu den Parlamentswahlen fanden im Oktober 1991 auch Kommunalwahlen statt. Die anti-kommunistischen Parteien dominieren in den großen und mittleren Städten. In den Kleinstädten und den Dörfern wurden die Wahlen von der BSP gewonnen. Der Einfluß der BRF ist vor allem in einigen Regionen Süd- und Nordbulgariens sehr stark. Durch die Wahl von Bürgermeistern und Gemeindeverwaltungen wurde das neue demokratische System auch in den örtlichen Institutionen legitimiert.

IV. Die neue Regierung und die Zukunft der Reformen

Am 8. November 1991 berief das Parlament die neue, von Filip Dimitrow, einem Politiker der UDK, geleitete Regierung. Sie erhielt die Unterstützung der Fraktionen der UDK und der BRF. Ihr gehören ausschließlich Führungspersönlichkeiten der UDK und einige Experten an. Wie der neue Premier bei seinem Amtsantritt erklärte, ist die Regierung gewillt, die Reformen besonders im wirtschaftlichen Bereich entschieden fortzusetzen, um Bedingungen für den endgültigen Wechsel des Systems und ein dauerhaftes Fundament für den Übergang des Landes zur parlamentarischen Demokratie und zur Marktwirtschaft zu schaffen. Bereits in den ersten Tagen regte die Regierung die Verabschiedung von außerordentlich wichtigen Wirtschaftsgesetzen durch das Parlament an, die dem privaten Unternehmertum und der Eigeninitiative klare Perspektiven geben, die staatliche Wirtschaft entmonopolisieren und den ausländischen Investitionen sowie der Einbindung des Landes in die ökonomischen und politischen Strukturen Europas, einschließlich der militärischen, die Türen öffnen.

Von besonderer Bedeutung unter den Wirtschaftsgesetzen ist das Privatisierungsgesetz, das dem Übergang von der staatlich gelenkten Planwirtschaft zur Entwicklung eines umfangreichen priva-

ten Sektors, anfangs im Bereich der Dienstleistungen, des Handels, des Verkehrswesens usw., den entscheidenden Impuls verleihen wird. Das Bodengesetz wurde so novelliert, daß die früheren und neuen Eigentümer ihren Besitz leichter erhalten und so bessere Voraussetzungen für die Entwicklung der Landwirtschaft geschaffen werden können. Das Gesetz über die Restitution eines Teils des vom kommunistischen Regime verstaatlichten Eigentums ermöglicht die Erweiterung des Kreises der Privateigentümer. Das neue Gesetz über die ausländischen Investitionen ist bedeutend liberaler als sein Vorgänger und eröffnet ausländischen Investoren gute Möglichkeiten in Bulgarien. Verabschiedet wurden ein neues Steuer- und ein neues Bankgesetz u. a., wodurch der Zyklus der legislativen Akte, die eine solche Grundlage für den Übergang des Landes zur Marktwirtschaft sind, praktisch geschlossen wurde. Die Privatisierung in der Industrie wird längere Zeit in Anspruch nehmen und in mehreren Etappen verlaufen; dabei wird man einen Teil des staatlichen Eigentums in öffentlicher Hand belassen, jedoch unter qualitativ neuen, marktwirtschaftlichen Bedingungen.

Das Modell, das von der Regierung angestrebt wird, ist folglich eine moderne, gemischte Volkswirtschaft, in der Privateigentum sowie Formen des genossenschaftlichen und staatlichen Eigentums eine Existenzberechtigung haben.

Die neue Regierung hat durch die Schließung mehrerer Ministerien Strukturveränderungen in den staatlichen Institutionen vollzogen und den Angestelltenapparat reduziert. Sie ist ferner bestrebt, die Einmischung des Staates in das sozialökonomische und politische Leben einzuschränken. Sie muß weiterhin eine gemeinsame Sprache mit den Gewerkschaften finden, um angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit und der zunehmenden sozialen Unsicherheit die wachsende Unzufriedenheit zu parieren und breiteste soziale Schichten für die Reformen zu gewinnen. Die Bevölkerung ist zweifellos bereit, vernünftige Reformen zu unterstützen, zugleich steht sie jedoch ihrer eigenen sozialen Lage äußerst skeptisch gegenüber.

Erste Ansätze sozialer Marktwirtschaft sind noch nicht erkennbar, zum Teil werden sie auch durch den Schwarzmarkt, ambulante Händler und das Fehlen eines prosperierenden privaten Sektors beeinträchtigt. Letzterer wird sich erst nach der Verabschiedung des Privatisierungsgesetzes herausbilden und den marktwirtschaftlichen Prinzipien zum Durchbruch verhelfen.

In den Monaten nach Beginn der Wirtschaftsreform wurden auch einige ihrer negativen Folgen sichtbar,

wie z. B. der starke Preisanstieg und der gedrosselte Konsum der Bevölkerung. Der Lebensstandard sank rapide, und die soziale Unsicherheit erhöhte sich. Die Erwerbslosenrate nähert sich der Zehnprozentmarke, das sind annähernd 400 000 Menschen. Allem Anschein nach wird sie sich weiter erhöhen. Über 300 000 Bulgaren verließen das Land auf der Suche nach Arbeit. Das Einkommen von rund 60 Prozent der Bevölkerung liegt unterhalb des von den Gewerkschaften errechneten offiziellen sozialen Minimums. Folglich befindet sich das bulgarische Volk in einer neuen ökonomischen und sozialpsychologischen Situation, die bisher mehr negative als positive Züge aufweist. Obwohl es in den Geschäften mehr und vielfältigere Waren gibt als vor einem Jahr, zur Zeit der „leeren Regale“, kommen die Menschen noch immer nicht in den Genuß der Vorzüge der Marktwirtschaft. Und gerade deshalb ist das gesellschaftliche Bewußtsein gespalten: Zum einen fühlen sich die Menschen vom marktwirtschaftlichen Modell des Westens angezogen und unterstützen die Reformen, zum anderen ist ihre Lage unsicher, und sie wissen nicht, welche Folgen es für sie persönlich haben wird. Es mangelt ihnen an der Motivation für einen aktiven Einsatz ihrer Arbeitskraft und ihrer Begabungen auf dem Markt, sie besitzen auch nicht ausreichend Kenntnisse über die Gesetze der Marktwirtschaft.

In bestimmten, vornehmlich sozial schwachen Kreisen wächst die Feindseligkeit gegen die verstärkte finanzielle Differenzierung und den steigenden Wohlstand bestimmter Bevölkerungsgruppen. Das bulgarische Volk hat sich noch nicht von den egalitären Gewohnheiten und Traditionen der kommunistischen Periode befreit, als es eine bestimmte Sicherheit genoß und seine Arbeit garantiert war, wenn auch unter relativ ärmlichen Bedingungen. Dieser ambivalenten Einstellung der Gesellschaft zur Marktwirtschaft entspringen auch gewisse Reaktionen der Regierung, der Parteien und einzelner Politiker. Den Prognosen bekannter bulgarischer und ausländischer Experten zufolge wird die Rezession mindestens noch 1993 fort dauern, eine sichtbare Belebung der Wirtschaft und ein Anstieg des Lebensstandards sind erst in etwa zehn Jahren zu erwarten.

Infolge des nach der Auflösung des Warschauer Vertrages entstandenen Vakuums steht die Außenpolitik des Landes vor ernstesten Prüfungen. Zum einen bringt die Situation auf dem Balkan schwere Probleme mit sich. Die Lage wird vor allem durch den Zerfall Jugoslawiens destabilisiert. Gleichzeitig sucht Bulgarien nach einer rascheren Einbindung in Europa; dieser Weg ist nicht leicht und erfordert in

erster Linie innenpolitische Stabilität. Die Beziehungen zu Westeuropa, zum Gemeinsamen Markt und der NATO entwickeln sich gut. Die Beziehungen zu den Republiken der ehemaligen Sowjetunion müssen überdacht und neu gestaltet werden.

Bulgariens Beziehungen zu Rußland, der Ukraine, Weißrußlands und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken sind traditionell gut. Bulgarien wird nicht nur seine Kontakte zu Westeuropa, sondern auch in östlicher Richtung auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils ausbauen.

Augenblicklich ist Bulgarien eine Oase der Stabilität auf dem Balkan. Wie lange es so bleiben wird, läßt sich nur schwer voraussagen. Sowohl die Ereignisse in Jugoslawien und eine eventuelle „Wiedergeburt“ des Makedonienproblems als auch die Zuspitzung der ethnischen und anderer Probleme kön-

nen den inneren Frieden schnell untergraben und das Land in soziale Konflikte stürzen. Das Wichtigste ist jedoch, daß der Demokratisierungsprozeß weiter voranschreitet, insbesondere nach den Präsidentschaftswahlen vom Januar 1992. Durch die Wahl Sheljo Shelews zum Präsidenten wurde der Kreis von Wahlen, die die neue Demokratie legitimieren, geschlossen. Shelew erhielt mit 53 Prozent der Stimmen nicht nur das Votum der UDK, sondern auch der Mehrheit der Parteien mit antikommunistischer Orientierung. Die BSP lehnte ihn kategorisch ab und unterstützte seinen Opponenten Walkanow (47 Prozent). Jetzt beginnt für Bulgarien die verantwortungsvollste Etappe der Etablierung der neuen demokratischen Institutionen und der Marktwirtschaft. Ihr Erfolg hängt jedoch in hohem Grade vom ganzheitlichen Verlauf des KSZE-Prozesses und der Annäherung der osteuropäischen Staaten an die westeuropäischen Demokratien ab.

Rumänien zwischen Revolution und Restauration

Beim Übergang vom Kommunismus zur Demokratie und Marktwirtschaft nimmt Rumänien eine Sonderrolle ein. Zum Unterschied von den anderen Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts hatten die Rote Armee und der sowjetische Geheimdienst KGB als Folge der jahrzehntelangen Abgrenzungspolitik Rumäniens von der Sowjetunion ihren Zugriff auf die nationalen Befehlsstränge der Armee und des Sicherheitsdienstes Securitate eingebüßt. Der 1958 erfolgte Abzug der sowjetischen Truppen aus Rumänien hatte die Voraussetzung geschaffen für die seit Anfang der sechziger Jahre bis zum Sturz Ceauşescus gespielte außenpolitische Sonderrolle Rumäniens, die gekennzeichnet war durch den Widerstand gegen die von der Sowjetunion vorangetriebene engere militärische und wirtschaftliche Integration der osteuropäischen Staaten nach außen sowie eine Politik der Desowjetisierung und der zeitweiligen gemäßigten Liberalisierung im Inneren. Der Widerstand der Ceauşescu-Führung gegen die von Gorbatschow überall im ehemaligen Ostblock geforderte Reformpolitik entsprang der gleichen Ablehnung jeglicher Gleichschaltung mit und Unterordnung unter das politische Diktat der östlichen Hegemonialmacht. So wurde das Muster der „samtenen Revolutionen“ Ostmitteleuropas nur in diesem Lande durchbrochen. Einen graduellen, von inneren Reformkräften herbeigeführten Machtübergang wie in Polen und Ungarn hatte Ceauşescu erfolgreich abgeblockt, ein gewaltfreier Staatsstreich wie in der ehemaligen DDR, der Tschechoslowakei oder Bulgarien erschien angesichts des Widerstandes Ceauşescu-loyaler Militärs und Sicherheitskräfte undenkbar.

I. Systemwandel, Regimewechsel oder Elitenaustausch?

Der Volksaufstand, der am 16. Dezember 1989 in Temeswar begonnen hatte und am 22. Dezember 1989 zum Sturz und zur Flucht Nicolae Ceauşescus führte, war gewaltsam und traf auf Gegengewalt: 1066 Menschen fanden dabei den Tod, fast 3000 wurden verletzt. Gewalt wurde von unterschiedlichen Akteuren mit unterschiedlichen Zielsetzun-

gen ausgeübt, zum einen im Zuge der Volksrevolution, die das Ende des Kommunismus zum Ziel hatte, zum anderen im Verlauf des konterrevolutionären Staatsstreichs, der das neue Regime an die Macht brachte. Diese Machtübernahme war das Ergebnis einer konzertierten Aktion ehemals an den Rand gedrängter Gegeneliten in Partei, Militär und Sicherheitsapparat und eines erheblichen Teils der Ceauşescu-treuen Nomenklatura, die zu den Putschisten überlief. Der weitaus größere Teil der Getöteten und Verwundeten fiel der gegenrevolutionären Aktion der neuen Machthaber zum Opfer, die auch um die militärische Unterstützung der Sowjetunion nachgesucht hatten.

Die neuen Machthaber hatten sich diesen Volksaufstand – sofern sie ihn nicht sogar provoziert haben – zunutze gemacht, um einen Regimewechsel von Ceauşescus nationalkommunistischem, reformfeindlichem Zentralismus hin zu einem reformistisch-liberalen kommunistischen Regime „à la Perestrojka“ herbeizuführen. Auch sollte ein grundlegender Wandel in der außenpolitischen Ausrichtung Rumäniens herbeigeführt werden von einer – im Rahmen des geopolitisch Möglichen – autonomen Außenpolitik zu einer Außenpolitik des vorausseilenden Interessenopportunismus gegenüber der Sowjetunion.

Die blutige Rebellion erlaubte es der neuen Führung, sich eine breite Unterstützung für ihre „Revolution von oben“ zu sichern. Mit Hilfe des Fernsehens, worüber sie sofort nach dem Sturz Ceauşescus frei verfügte, gelang ihr eine in der Geschichte bisher beispiellose Massenmobilisierung. Durch den Einsatz der wenigen landesweit bekannten oppositionellen Intellektuellen wurde Vertrauen geweckt und das Gefühl nationaler Solidarität erzeugt. Zugleich sorgte ein künstlich aufgeheiztes Klima der Angst und des Abscheus für jene Stimmung in der Bevölkerung, die notwendig war, um die Exekution Ceauşescus als Ausdruck des genuinen Volkswillens erscheinen zu lassen.

Mit dem Sturz des seit 1965 amtierenden Staats- und Parteichefs Nicolae Ceauşescu hat sich an der Spitze der Rumänischen Kommunistischen Partei (RKP) – die übrigens bis heute nicht offiziell aufgelöst oder für illegal erklärt worden ist – ein Fraktionswechsel vollzogen, wie er im Verlauf ihrer bald

70jährigen Geschichte mehrmals stattgefunden hat. Beginnend mit dem Jahre 1961 waren die sowjetloyalen Internationalisten in der Partei von den nationalgesinnten Kommunisten aus den Schlüsselpositionen in Partei, Staat und Wirtschaft gedrängt worden – nun schlug das Pendel zurück.

Die anfangs erfolgreiche moralische Legitimierung der neuen Führung als „Emanation“ einer Volkserhebung konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei der Front der Nationalen Rettung (FNR) um eine Koalition ehemaliger, von Ceauşescu marginalisierter Funktionsträger aus dem Bereich der kommunistischen Partei, der Armee und des Sicherheitsapparats handelte, die mit Hilfe eines von langer Hand vorbereiteten Staatsstreichs an die Macht gekommen waren. Das eigentliche Zentrum der neuen Machtstrukturen bildete die von der Sowjetunion unterstützte Gruppe um Ion Iliescu, die sich aus Vertretern der marginalisierten internationalistischen Fraktion der RKP, in die Reserve geschickten sowjetfreundlichen Militärs und KGB-treuen Vertretern der Sicherheitskräfte zusammensetzte. Der Zusammenhalt der neuen Machtstrukturen ist zudem durch ein weitverzweigtes Netz von Seilschaften und Klientelbeziehungen, deren Fäden bei Ion Iliescu zusammenlaufen, gesichert. Sein Schicksal als ehemaliger Weggefährte und zeitweilig designierter Nachfolger Ceauşescus, dessen Aufstieg 1971 gestoppt wurde, ließ ihn aber auch zum natürlichen Verbündeten ehemaliger Weggefährten Ceauşescus werden, die als Folge der Machtkonzentration in den Händen des Diktators aus ihren Positionen gedrängt worden waren.

Ion Iliescu, gemäß eigenem Bekunden ein unentwegter Verfechter der von ihm so genannten Ideale des Sozialismus und Anhänger einer originellen Spielart der Demokratie unter der Ägide eines aufgeklärten Despoten, war nach Herkunft und Werdegang die ideale Alternative zu Ceauşescu und Integrationsfigur für die Zeit danach: ein Mann der alten Garde aber auch des neuen Apparats, ein Politiker, dem es gelang, den Bonus der Machterfahrung mit dem Image des Widerstandes gegen die Allmacht des Diktators auf sich zu vereinen. Iliescu gehörte zur Gruppe derjenigen rumänischen Funktionäre, die in der Sowjetunion studiert hatten. Er selbst soll sich damals sogar mit Michail Gorbatschow angefreundet haben. Als dessen Anhänger gab sich Iliescu bereits 1987 in einem Zeitschriftenaufsatz zu erkennen.

II. Der neue Pluralismus

Um ihre Behauptung zu untermauern, sie sei aus dem Geist der „Revolution“ entstanden, verfügte die neue Führung eine Reihe von Maßnahmen, die aus der Sicht der Bevölkerung gegen das System als Ganzes gerichtet waren. Den Bürgern wurden fundamentale bürgerliche Rechte und Freiheiten zugestanden, die ihnen mehr als vierzig Jahre verwehrt gewesen waren. Hierzu gehört das Recht auf Bildung unabhängiger Parteien und Verbände, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Demonstrationsrecht sowie die Reise- und Ausreisefreiheit. Dem Ziel der Mobilisierung von Vertrauen und Sympathie für die neue Führung diente nicht zuletzt auch die Ankündigung von Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Versorgungslage der von Ceauşescus extremen Sparmaßnahmen schwer getroffenen Bevölkerung. Die vom Rat der FNR verkündeten Thesen zur künftigen politischen und wirtschaftlichen Ordnung lassen jedoch erkennen, daß es der neuen Führung zu jenem Zeitpunkt zwar um eine Absage an das Ceauşescu-Regime, nicht aber um eine Abkehr von einem autoritären System ging. Vor allem sollte das System der bisherigen Eigentumsstruktur offenbar nicht angetastet werden; über ein Wirtschaftskonzept „à la Perestrojka“, das den „Umbau“ der Wirtschaft, Verzicht auf zentralistische Lenkungsmethoden, Effizienzsteigerung, Förderung der freien Initiative, „Umstrukturierung“ der Landwirtschaft und Förderung der kleinen Landwirtschaftsproduktion vorsah, wollte man nicht hinausgehen.

Bei ihrem Machtantritt hatte der Rat der FNR in seinem Programm Demokratie, Pluralismus und freie Wahlen in Aussicht gestellt. Die neue Führung war als „Caretaker“-Verwaltung angetreten, die die Voraussetzungen für korrekte Wahlen schaffen sollte, doch sie dachte anfangs nicht an die Einführung eines Mehrparteiensystems nach westlichem Vorbild. Um als neue Partei registriert zu werden, genügt der Nachweis von mindestens 251 Mitgliedern. Die Folge: eine total unübersichtliche Parteienlandschaft und eine unnötige Aufsplitterung des Stimmenpotentials.

Gegenwärtig liegt die Zahl der Parteien in Rumänien bei 200. Mit wenigen Ausnahmen handelt es sich hierbei um Phantom- oder Satellitenparteien der FNR. Ihnen stehen die aus der Vorkriegszeit stammenden und während der kommunistischen Herrschaft verbotenen historischen Parteien gegenüber, die sich nicht nur gegen die Vielzahl der

erwähnten Phantomparteien derselben Couleur behaupten müssen, sondern auch laufend mit Spaltungstendenzen zu kämpfen haben.

Am 6. Januar 1990 konstituierte sich die *National-liberale Partei* (Partidul Național Liberal), Rumäniens „grand old party“, neu, nachdem ihr Vorsitzender und Präsidentschaftskandidat Radu Câmpeanu nach Rumänien zurückgekehrt war. Der ehemalige Vorsitzende der Studentischen Jugendorganisation der Nationalliberalen war zwischen 1947 und 1956 inhaftiert gewesen und 1973 ins Pariser Exil gegangen. Nach dem Sturz Ceaușescus versuchten die Nationalliberalen nicht ohne einen gewissen Erfolg, an ihr klassisches Image als Partei der Mitte anzuknüpfen. Ihr Programm: ein neoliberales Credo, sozial abgeduldet, mit einer gewissen dirigistischen Komponente, laizistisch, antimonarchisch. Seit Oktober 1991 bildet die Nationalliberale Partei eine Koalitionsregierung mit der FNR, der Agrarierpartei und der Ökologischen Partei.

Die *Nationale Christlich-Demokratische Bauernpartei* (Partidul Național Țărănesc Creștin și Democrat) ist die zweite große historische Partei Rumäniens. Bei ihrer Neugründung im Dezember 1989 schloß sich die wiedererstandene ehemalige Nationale Bauernpartei mit christdemokratischen Gruppierungen zusammen, was zur Erweiterung des Parteinamens führte. Ihr Vorsitzender Corneliu Coposu hatte 18 Jahre in kommunistischen Gefängnissen verbracht. Zum Programm der Partei gehören die Rückgabe des enteigneten Bodens an die Bauern, die integrale, in Etappen realisierte Privatisierung des Handels und der Industrie und die Modernisierung des Landes mit Hilfe westlichen Kapitals; die Rückkehr nach Europa auf dem Wege der Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte, Rückkehr zu christlichen Wertekategorien, sowie die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten unter Wahrung der nationalen Interessen inklusive in der Bessarabienfrage und der Nichtanerkennung der Abdankung des Königs.

Die *Rumänische Sozialdemokratische Partei* (Partidul Social Democrat Român), 1893 gegründet, ist die dritte der „historischen“ Parteien, wie sie in Rumänien genannt werden, die am 24. Dezember 1989 wieder an die Öffentlichkeit trat. Gemäß ihrem eigenen Selbstverständnis war sie nie aufgelöst worden und hatte im Untergrund weiterbestanden. Ihr klassisches Wählerpotential aus der Zeit des industriellen Aufschwungs zwischen den beiden Weltkriegen – disziplinierte Facharbeiter und Handwerker – gibt es jedoch nicht mehr. Das als

Folge der forcierten Industrialisierung und Urbanisierung der letzten 40 Jahre entstandene Halbproletariat von Pendlern und Schlafstadtbewohnern fühlt sich eher zur FNR hingezogen.

Als zweitstärkste Partei ging jedoch die *Demokratische Union der Ungarn in Rumänien* (Uniunea Democrată a Maghiarilor din România) aus den ersten Parlamentswahlen vom Mai 1990 hervor. Ihren politischen Standpunkt beschreibt Géza Domokos, der Vorsitzende dieser aus dem Zusammenschluß mehrerer ungarischer Parteien und Berufsgenossenschaften zusammengefügt Union, als „Mitte-rechts“, als Vertreterin der Interessen der ungarischen Minderheit; sie ist aber eine „single issue party“. Die hart aber offen ausgetragene Auseinandersetzung zwischen einem moderaten Flügel und Verfechtern einer radikaleren Politik endete auf ihrem jüngst in Tirgu Mures abgehaltenen Parteitag noch zugunsten des gemäßigten Domokos.

Die Phalanx der im Parlament vertretenen demokratischen Parteien, die sich bereits im vergangenen Jahr zu einer „Konvention für die Einführung der Demokratie“ zusammengeschlossen hatten, wurde jüngst durch die Gründung der Partei der *Bürgerallianz* (Alianța Civică) verstärkt. Hervorgegangen aus der Protestbewegung oppositioneller Intellektueller und Studenten, stellte sie in ihren Anfängen eine lose gefügte, ideologisch und soziologisch breit gefächerte Organisation nach dem Muster des tschechischen Bürgerforums oder der polnischen Solidarność dar. Sie wollte die Voraussetzungen schaffen für die Herausbildung einer zivilen Gesellschaft als Grundlage für eine genuine parlamentarische Demokratie. Die Bürgerallianz strebt eine parlamentarische Demokratie mit einer starken Hinwendung zum Westen an. Für viele, aber nicht alle ihrer Vertreter stellt der im Exil lebende rumänische König Michael eine Integrationsfigur dar, die Stabilität garantieren und westliche Unterstützung verbürgen könnte. Zu den wichtigsten Zielsetzungen der Bürgerallianz gehört die Überwindung der Spannungen zwischen Intellektuellen und Arbeitern sowie zwischen Rumänen und Vertretern der Minderheiten. Anfang Juli konstituierte sich ein Teil der Mitglieder der Bürgerallianz als „Partei der Bürgerallianz“ (Partidul Alianței Civice). Ihren ursprünglichen, moralischen und sozialpädagogischen Anspruch will die neugegründete Partei beibehalten, zugleich aber auch konkrete Lösungen für die Krise des Landes aufzeigen. Es ist nicht zuletzt das Verdienst der Bürgerallianz, daß die wichtigsten Oppositionsparteien zusammen mit einigen oppositionellen Organisationen bei den Kommunalwahlen vom Februar

1992 geeint als „Demokratische Konvention“ auftreten konnten.

III. Die Front der Nationalen Rettung

Bei den ersten freien Parlamentswahlen in Rumänien nach dem Umsturz errang die Front der Nationalen Rettung einen überragenden Wahlerfolg bei hoher Wahlbeteiligung. In den beiden Kammern gewannen ihre Kandidaten rund zwei Drittel der Stimmen, ihr Präsidentschaftskandidat Iliescu wurde gar mit 85 Prozent aller abgegebenen Stimmen gewählt. Die Gründe: der Revolutionsbonus der Front, die Wirkung der „neue Vaterfigur“ Ion Iliescu auf die Wähler und nicht zuletzt der monopolistische Zugriff auf die elektronischen Medien. Populistische Wahlgeschenke und eine auf Zukunftsangst und Sozialneid zielende Wahlpropaganda wiegten die Bevölkerung in dem Glauben, daß eine wirtschaftliche Gesundung und die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen durch einen schmerzlosen „Umbau“ des real existierenden Systems möglich sei. Das – von der Bevölkerung anfangs nicht als solches erkannte – autoritäre Regime erfuhr eine fast plebiszitär zu nennende Restauration. Bei den Wahlen vom 20. Mai 1990 – so eine Bukarester Wochenzeitung – sei „Gorbatschows Traum – die Bestätigung der kommunistischen Machtausübung durch freie Wahlen“ erstmals wahr geworden.

Statt sich jedoch des ihr bei den Wahlen ausgestellten politischen Blankoschecks zu erfreuen, schlitterte die Front der Nationalen Rettung unmittelbar danach in eine tiefe Legitimations- und Autoritätskrise. Was in der Vorwahlphase den Anschein einer taktischen Arbeitsteilung – einerseits Perestrojka, andererseits Marktwirtschaft – gehabt hatte, entpuppte sich nun als handfester Dissens, der zu Flügelkämpfen und schließlich zu Abspaltungen verschiedener Gruppen von der Mutterfront führte.

Die aus der „Revolution“ hervorgegangene neue Machtelite zeigte nach den Wahlen deutliche Auflösungserscheinungen. Hinter unterschiedlichen programmatischen Vorstellungen stehen zwei zunehmend gegensätzliche Gruppierungen: die alte Nomenklatura, bestehend aus der arrivierten, immer noch mächtigen Bürokratie in Politik und Wirtschaft hinter dem Präsidenten Ion Iliescu und

die noch nicht hinreichend saturierte, neue Nomenklatura, gebildet von der etablierten technokratischen Elite hinter dem inzwischen abgelösten Premierminister und Parteiführer Petre Roman. Die programmatische Position der von Iliescu angeführten „alten Nomenklatura“ kann mit den Begriffen „Perestrojka + Postkapitalismus + Egalitarismus + Westfeindlichkeit“ umschrieben werden, Romans Vorstellungen wiederum können auf die Formel „Reform + Frühkapitalismus + Sozialdarwinismus + Westfreundlichkeit“ gebracht werden. Iliescu sieht die Front als eine Mitte-Links-Partei, Romans Konzept wird von seinen Gegnern in der Front als „Mitte-rechts“ abgetan.

Im Anschluß an den mißglückten August-Putsch in der Sowjetunion sahen sich die um Präsident Iliescu und Sicherheitschef Măgureanu gescharten alten Eliten ernsthaft gefährdet. Bei einem Verlust künftiger Wahlen droht ihnen nicht nur der Verlust ihrer Privilegien, sondern möglicherweise auch Untersuchungen und Verfahren wegen ihrer Zugehörigkeit zum kommunistischen Unrechts- und Unterdrückungsapparat. Die jungen Technokraten erkannten, daß es höchste Zeit war, sich von dem kompromittierten Teil der nachrevolutionären Machtelite loszusagen, sich als Vorkämpfer gegen die kommunistischen Strukturen zu gerieren und auf diese Weise von der Macht soviel für sich zu retten wie nur möglich. Der schwelende Konflikt zwischen den „Konservativen“ um Präsident Iliescu und den „Reformern“ um Premierminister Roman geriet zum offenen Schlagabtausch. Die alte Garde erwies sich als stärker. Ende September marschierten die vom Sicherheitsapparat manipulierten Bergarbeiter des Schiltals erneut in Bukarest ein mit dem erklärten Ziel, den Premierminister zu stürzen. Zum neuen Premierminister, der die Regierungsgeschäfte bis zu den Parlamentswahlen vom Mai/Juni 1992 führen soll, wurde der Finanzexperte Theodor Stolojan ernannt. Am Vorabend der Kommunalwahlen hatten die Zwistigkeiten innerhalb der FNR ein solches Ausmaß erreicht, daß sie sich negativ auf die Wahlchancen dieser Partei ausgewirkt haben.

IV. Die nationalistische Diversion

Angeichts ihres Popularitätsverlusts erschien der Führung der Nationalismus als das probate Mittel, von den sich häufenden Schwierigkeiten abzulenken, das Bedürfnis der Bevölkerung nach Identität und Sicherheit auf neue Weise zu kanalisieren und

zu verhindern, daß dieses Potential von der demokratisch-bürgerlichen Opposition genutzt würde. Besonderen Erfolg versprach die Taktik der nationalistischen Stellvertreterorganisationen. So wurde wenige Wochen nach dem Sturz Ceauşescus im Januar 1990 die sogenannte kulturelle Vereinigung „*Vatra Românească*“ („Rumänische Heimstatt“) ins Leben gerufen. Davon spaltete sich die „*Partei der Nationalen Einheit der Rumänen*“ („*Partidul Unităţii Naţionale a Românilor*“) ab, die bei den Parlamentswahlen vom 20. Mai 1990 in Siebenbürgen mit Erfolg das Wiedererstarken der dort traditionell populären „*Nationalen Christdemokratischen Bauernpartei*“ („*Partidul Naţional Creştin şi Democrat*“) verhindern konnte. Im Altreich konstituierte sich nach den Wahlen die „*Großrumänische Partei*“ („*Partidul România Mare*“), benannt nach der Zeitung, die schon Monate zuvor durch chauvinistische und antisemitische Hetzkampagnen in Erscheinung getreten war. Diese „national-sozialistischen“ Organisationen und Publikationen sind fremdenfeindlich, antidemokratisch, antireformistisch und antimonarchisch. Sie sind ebenso wie die diversen KP-Nachfolgeparteien auf den derzeitigen Präsidenten Ion Iliescu, die Armee und den alten und neuen Sicherheitsdienst eingeschworen. Ziele dieser unverhüllten, politischen wie auch nationalen Diversion sind Ungarn, Zigeuner und Juden aber auch Katholiken, Reformer und Intellektuelle ganz allgemein. Klassen- und Rassenhaß sind an der Tagesordnung. Der Westen wird verteufelt, die Gefahr einer erneuten Isolierung Rumäniens in Europa bewußt in Kauf genommen. Hingegen wird die Nostalgie der versunkenen kommunistischen Epoche und insbesondere der Ceauşescu-Ära heftig gepflegt. Gelegentlich ist auch von der Notwendigkeit die Rede, Nationalgarden aufzustellen und das Militär an die Macht zu bringen.

Diese neuen rumänischen Nationalisten sind ebenso wie die wiedererstandenen kommunistischen oder kryptokommunistischen Parteien aus den Reihen jener ehemaligen Funktionäre aus Partei, Securitate und Armee hervorgegangen, denen wegen ihrer übergroßen Nähe zum nationalkommunistischen Ceauşescu-Regime der Zugang zu den neuen Machtstrukturen verwehrt geblieben ist. Sie alle werben um die Masse der neuen Unzufriedenen mit Slogans, die Marktwirtschaft mit Arbeitslosigkeit und Inflation sowie Demokratie mit Anarchie gleichsetzen.

Mit der juristischen Aufarbeitung der Vergangenheit gibt es in Rumänien nicht weniger Probleme als in den anderen postkommunistischen Staaten.

Teile der parlamentarischen Opposition sowie die außerparlamentarische Opposition des Landes, die vorwiegend moralische Kriterien an diese Verfahren anlegen, fordern immer lauter einen „Prozeß des Kommunismus“. Trotz des gewaltsamen Sturzes des alten Regimes konnten sich die Strukturen des „ancien régime“ gut behaupten. Denn zum einen hatte die neue Machtelite sich diese Strukturen zunutze gemacht, zum anderen hat es bis zu den Wahlen vom 20. Mai 1990 so etwas wie ein Stillhalteabkommen zwischen den alten und neuen Seilschaften gegeben. Die alte Ceauşescu-Nomenklatura hielt sich bedeckt, fühlte sich aber angesichts ihres immer noch erheblichen Herrschaftswissens sicher. In der Tat wurden nur die loyalsten und ranghöchsten Mitarbeiter Ceauşescus wegen der Beihilfe zum Völkermord verurteilt und zu lebenslanger Haft verurteilt. Die späteren Urteile gegen die obersten Parteifunktionäre, welche an der Unterdrückung der Rebellion in Temeswar beteiligt waren oder ihre Zustimmung zum Schießbefehl gegeben hatten, fielen milde aus. Die Vertreter des Ceauşescu-Clans, auch der ehemalige Hermannstädter Kreispartei-Vorsitzende Nicu Ceauşescu, sind insgesamt recht glimpflich davongekommen. Seine Geschwister Zoe und Valentin Ceauşescu waren bereits im August 1990 aus der Haft entlassen worden. Ceauşescus Bruder Ilie, ein General und ehemaliger stellvertretender Verteidigungsminister sowie Vorsitzender des Politischen Rates der Armee, war anfangs als festgenommen gemeldet worden, von einem Gerichtsverfahren gegen ihn ist jedoch nichts bekannt.

Nach den Wahlen setzte dann sogar ein Prozeß der Restauration des alten Regimes ein, die Ceauşescu-Treuen begannen sich neu zu formieren. Der Ceauşescu-Clan tritt in der Öffentlichkeit immer selbstbewußter auf. Nicu Ceauşescu will, auf seinen schlechten Gesundheitszustand pochend, seine Haftentlassung erreichen. Unter Ausnutzung der Bestimmungen des neuen Bodengesetzes haben die Ceauşescus die Rückgabe des Grundbesitzes der Familie in Scorniceşti beantragt. Zoe klagt auf Wiedereinstellung durch ihren alten Arbeitgeber. Solches Selbstbewußtsein ist nicht weiter verwunderlich, bedauert man, daß jüngst in der „national-sozialistischen“ Presse Vorschläge nach Errichtung eines Ceauşescu-Gedächtnismuseums geäußert worden sind. Ceauşescu sei „ein großer Patriot“ gewesen, den man eigentlich zum König hätte krönen müssen.

V. Die Transformationskrise

Der Übergang von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft vollzog sich in Rumänien unter erschwerenden Bedingungen. Die Gründe hierfür sind in den Besonderheiten rumänischer Nachkriegspolitik zu suchen. Zum einen zeichnete sich das dem Lande nach 1944 aufgezwungene kommunistische Regime in seiner Anfangsphase durch eine im Vergleich zu den anderen Staaten des Ostblocks ungewöhnliche ideologische Starrheit aus. Die gesamte landwirtschaftlich nutzbare Bodenfläche war – mit Ausnahme kleiner Parzellen und der Weidegebiete im unwegsamen subkarpatischen Bergland – zwangsweise kollektiviert oder verstaatlicht worden. Private Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe gab es bis zum Umsturz praktisch nicht. Fast die gesamten Ressourcen des Landes flossen in die Schwerindustrie, die bereits in den fünfziger und sechziger Jahren, dem sowjetischen Vorbild folgend, hypertrophe Ausmaße angenommen hatte und von dem autarkiebesessenen Nationalkommunisten Ceauşescu noch weiter ausgebaut worden war.

Als Folge der außenpolitisch motivierten Weigerung Ceauşescus, das sowjetische „Perestrojka“-Modell zu übernehmen, setzte der Übergang zu einer graduellen Dezentralisierung und Liberalisierung des Wirtschaftsgeschehens, wie er in anderen ehemaligen Ostblockstaaten (Ungarn, Polen) bereits in den achtziger Jahren angelaufen war, in Rumänien erst nach dem Dezember 1989 ein. Und auch die neue, auf Gorbatschows systemerhaltenden Reformkurs eingeschworene Führung der Front der Nationalen Rettung zögerte den Transformationsprozeß weiter hinaus. Im Gegensatz zur demokratischen Opposition, die für schnelle und tiefgreifende marktwirtschaftliche Reformen plädiert hatte, versuchte Präsident Iliescu vor den ersten freien Parlamentswahlen vom Mai 1990 die Illusion eines dritten, schmerzlosen Weges zu einer Pseudo-Marktwirtschaft aufrechtzuerhalten.

Nach dem Wahltag stellte sich dann jedoch heraus, daß die von Ceauşescu gehorteten Devisenreserven in Milliardenhöhe aufgebraucht, die unter Opfern erzielte Schuldenfreiheit dahin und die Kassen leer waren. Zugleich war in der Bevölkerung die Erwartung geweckt worden, daß mit weniger Arbeit höhere Löhne zu verdienen seien. Mit 37,2 Stunden hat Rumänien gegenwärtig die kürzeste Wochenarbeitszeit in Europa. Erst nach den Wahlen vom 20. Mai 1990 setzte die neue Regierung

unter Ministerpräsident Petre Roman auf eine schnelle, im Stil einer Schocktherapie verordnete Reform.

Zu den Hemmnissen des Transformationsprozesses gehören spezifische Aspekte des soziologischen Aufbaus und der Mentalitätsstruktur, die aus historischen Traditionen und einer politischen Kultur erwachsen sind, die durch eine mehr als vierzig Jahre andauernde Diktatur geprägt worden ist. In Rumänien gibt es keinen nennenswerten Mittelstand, die notwendige marktwirtschaftliche und unternehmerische Erfahrung muß noch gewonnen werden. Eine Vertragskultur nach westeuropäischem Muster fehlt noch weitgehend, die spezifischen Formen einer Ethik der sozialen Marktwirtschaft müssen sich erst herausbilden. Der Ausleseprozeß des vom alten Regime übernommenen technokratischen Mittelbaus ist noch nicht abgeschlossen. In der Bevölkerung machen sich Apathie, Frustration und Sozialneid breit. Das gesellschaftliche Klima ist bestimmt von sinkender Arbeitsmoral, einer allgegenwärtigen Korruption und rapide steigender Kriminalität.

Ein weitaus größeres Hemmnis für den Übergang zur Marktwirtschaft bildet die enge Verbindung wirtschaftlicher und machtpolitischer Fragen. Im Zuge der raschen Umsetzung ihrer radikalen Reformpolitik stieß die Gruppe um den ehemaligen Ministerpräsidenten Roman auf den Widerstand reformfeindlicher Kräfte in den alten Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen, deren Interessen von einer Fraktion innerhalb der nachrevolutionären Führung, verkörpert durch den Präsidenten Ion Iliescu, die beiden Kammerpräsidenten des Parlaments und den Chef des Sicherheitsapparats, Virgil Măgureanu, verteidigt werden. Die alten zentralistischen Strukturen sind aufgelöst, doch deren Exponenten ist es bisher gelungen, das Entstehen alternativer Strukturen zu verhindern beziehungsweise hinauszuschieben.

Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Transformationsprozeß in Rumänien waren auch nicht gerade günstig. Seit der Anfang 1991 in Kraft getretenen Umstellung des Handelsaustauschs zwischen den ehemaligen Mitgliedsländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) von Transferrubel auf Devisen muß Bukarest den größeren Teil seiner Energieimporte in harter Währung bezahlen. Die Folgen des Golfkrieges waren für Rumänien verheerend. Seine unverkennbaren Standortvorteile – Größe des Marktes, Bedeutung als Transitland zwischen Europa und dem Nahen und Fernen Osten, relativ gut ausgebildete Arbeitskräfte, (noch) vergleichsweise niedrige Löhne –

weiß Rumänien nicht optimal zu nutzen. Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds könnten die Bereiche Landwirtschaft und Tourismus bei entsprechender Förderung schnell wieder in Gang kommen. Ähnlich positiv werden dort auch die Chancen in einigen Bereichen der Industrie bewertet, insbesondere in der Chemie, Petrochemie, Eisenmetallurgie, im Flugzeug-, Schiff- und Automobilbau sowie in der Holzverarbeitung und Nahrungsgüterindustrie. Um diese Chancen nutzen zu können, braucht Rumänien erhebliche westliche Investitionen und Finanzhilfen. Westliche Kredite fließen indes nur spärlich, denn trotz der 1989 unter den Bedingungen einer extremen Austeritätspolitik erfolgten Rückzahlung aller Devisenschulden hat sich die Kreditwürdigkeit Rumäniens nach dem Sturz des Diktators Ceaușescu nicht wesentlich verbessert. Die Reaktion westlicher Investoren war bisher eher verhalten. Immer noch fließt nur ein verschwindend geringer Teil des in dieser Region investierten Kapitals nach Rumänien. Mit wenigen Ausnahmen sind es vorwiegend Einzelpersonen oder kleine Gesellschaften, die kleine Kapitalbeträge in Rumänien investiert haben. Die meisten mit ausländischer Beteiligung gegründeten Joint-Ventures sind reine Export-Import-Firmen, die vorwiegend im Bereich von Handel oder Tourismus tätig sind.

Nicht zuletzt um das Image und die Kreditwürdigkeit des Landes im Westen zu verbessern, mußte Rumänien versuchen, seinen Rückstand gegenüber den ost- und mitteleuropäischen Reformstaaten rasch zu überwinden. In enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank sowie internationalen Beratungsfirmen gelang es, die wichtigsten ordnungspolitischen Vorgaben für den Übergang Rumäniens zur Marktwirtschaft gesetzlich festzuschreiben, den dazu erforderlichen institutionellen Rahmen zu schaffen und die Wirtschaft mit Hilfe spezifischer prozeßpolitischer Maßnahmen an Konkurrenz- und Marktbedingungen anzupassen. Westliche Experten bewerten das Reformprogramm der rumänischen Regierung im wesentlichen positiv. Innerhalb der ersten zehn Monate nach den Parlamentswahlen konnten neunzig die Systemtransformation abstützende Gesetze verabschiedet werden.

Als erstes mußte die extrem zentralistische Unternehmensstruktur entzerrt und die Entscheidungsfähigkeit und finanzielle Autonomie der Betriebe gesichert werden. Die ehemaligen zwischengeschalteten Industriezentralen wurden weitgehend aufgelöst und in – immer noch staatliche – Regieunternehmen und Kapitalgesellschaften umgewandelt. Diese Betriebe sind nun rechtlich in der Lage, un-

abhängig Außenhandelsgeschäfte abzuwickeln. Im April 1991 wurde der gesetzliche Rahmen für ausländische Kapitalinvestitionen in Rumänien abgesteckt. Den Positiva des Gesetzes wie der Möglichkeit eines ausländischen Kapitalanteils von hundert Prozent und eines problemlosen Kapital- und Gewinntransfers stehen Negativa wie die Einschränkungen gegenüber, mit denen ausländische Investoren beim Erwerb von Grund und Boden in Rumänien konfrontiert sind. Hinzu kommen Unzulänglichkeiten im Bereich der jahrzehntelang vernachlässigten Infrastruktur und die nur langsam voranschreitende Herausbildung eines westlich geprägten Geschäftsklimas.

Die von ideologischen Vorbehalten weniger überfrachtete sogenannte „kleine Privatisierung“ begann im Februar 1990 mit der gesetzlichen Freigabe der Gründung kleiner privater Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe. Es dauerte bis zum Juli 1991, als nach einer heftigen parlamentarischen Debatte das Gesetz über die „große Privatisierung“ der umgewandelten Staatsbetriebe in Kraft treten konnte. Es sieht vor, daß 30 Prozent des Gesellschaftsvermögens in Form von Anteilscheinen (Coupons) an die erwachsene Bevölkerung ausgegeben werden, die ein Jahr nach der Ausgabe an der Börse gehandelt werden können. Die restlichen 70 Prozent werden zum Verkauf angeboten – in einer ersten Phase an inländische, danach auch an ausländische Bieter. Die Einnahmen werden in Fonds eingebracht und für Investitionen bei den bereits privatisierten Unternehmen verwendet. Die praktische Umsetzung der großen Privatisierung hat eben erst begonnen.

Auch die Steuer- und Sozialgesetzgebung wurden vorangetrieben. Umsatzsteuer, Gewinnsteuer und eine individuelle Lohnsteuer wurden eingeführt, ein Arbeitslosengesetz sowie ein Streikgesetz verabschiedet. Die Bankengesetzgebung wurde den Erfordernissen des Übergangs zur Marktwirtschaft ebenfalls weitgehend angepaßt. Die rumänische Nationalbank gab alle Handelsbankfunktionen ab, die auf fünf noch staatliche, aber zur Privatisierung vorgesehene Banken übertragen wurden. Seit April 1991 operieren private rumänische wie ausländische Banken in Rumänien, westliche Kreditinstitute haben damit begonnen, Niederlassungen in Rumänien einzurichten. Im März 1991 wurde in Bukarest eine Devisenbörse eingerichtet, am 6. November 1991 die innere Konvertibilität der rumänischen Währung, des Leu, eingeführt. Die Rumänische Nationalbank hat sich verpflichtet, rumänische Zahlungsmittel jederzeit in Devisen umzuwechseln. Gesetze zur Regelung des Börsenwesens und des Konkursverfahrens, wie sie gerade auch westli-

che Investoren erwarten würden, stehen allerdings noch aus.

Die beginnende Umsetzung der Reformgesetze in die Praxis und die getroffenen Anpassungsmaßnahmen führten zu einer Deregulierung der rumänischen Wirtschaft. Die strukturelle Stagnationskrise der alten Kommandowirtschaft wurde von einer Krise des Zerfalls des alten Wirtschaftssystems abgelöst. Die alten Strukturen greifen nicht mehr, die neuen können – und fast möchte man sagen: sollen – noch nicht greifen, denn Wirtschaftsprobleme sind zugleich auch Probleme der politischen Macht. Funktionierende Alternativstrukturen sind bestenfalls erst in Ansätzen erkennbar. Die Leiter der staatlichen Industriebetriebe klammern sich auch weiterhin an das System der staatlichen Vorgaben. Die drastisch gesunkenen Produktionszahlen in der Industrie werden durch Preissteigerungen aufgefangen, die ihre Konkurrenzfähigkeit auf ausländischen Märkten weiter reduzieren und den Preisanstieg auf dem Binnenmarkt anheizen.

Der ungezügelte Preisanstieg industrieller Güter ist einer der Faktoren, die zu einem katastrophalen Niedergang der landwirtschaftlichen Produktion geführt haben, dessen Folgen für die Versorgung der Bevölkerung noch nicht abzusehen sind. Das Anfang 1991 verabschiedete Bodengesetz wird infolge des Widerstandes der auf dem Lande angesiedelten alten Seilschaften nur sehr zögernd in die Praxis umgesetzt. Die Mehrzahl der Bauern, die auf die Rückgabe ihrer nach 1949 enteigneten Grundstücke warten, bestellen die Böden nicht mehr. Weite Ackerflächen liegen brach oder wurden im vergangenen Herbst nicht abgeerntet. Wenn sie sich nicht erneut zu den staatlich propagierten landwirtschaftlichen Vereinen zusammenschließen, können die meisten der neuen Kleinbauern weder Treibstoff, Geräte und Maschinen noch Saat- und Futtermittel kaufen. Staatliche Förder- und Finanzierungshilfen für den neuen privaten Sektor in der Landwirtschaft gibt es nicht, hingegen ist das für das kommunistische System typische staatliche Monopol an landwirtschaftlichen Maschinen faktisch ungebrochen.

Nach den Parlamentswahlen vom Mai 1990 setzte die Regierung auf eine in der Manier einer Schocktherapie vorgetragene Anpassung der rumänischen Wirtschaft an die Bedingungen der Weltwirtschaft. Zum 1. November 1990 wurden mit Ausnahme der Grundnahrungsmittel und der Energie alle Preise freigegeben und die Landeswährung abgewertet. Zum 1. April 1991 wurden auch die Lebensmittelpreise freigegeben, der Leu erneut abgewertet. Ein dritter Preisschub erfolgte zum 1. Juli 1991. Die

flankierenden Kompensationszahlungen zu Löhnen und Renten konnten nicht verhindern, daß der Lebensstandard der Bevölkerung innerhalb der vergangenen zwei Jahre um 20 Prozent gesunken ist. Im ersten Jahr nach der Freigabe der Preise vom November 1990 erreichte die Inflationsrate 353 Prozent; in demselben Zeitraum stiegen die Löhne nur um 280 Prozent. Die Arbeitslosenzahlen nehmen stetig zu, doch spiegeln die offiziellen Zahlen nur einen Bruchteil der immer noch verdeckten Arbeitslosigkeit wider. Industrieproduktion, Ausfuhren, Arbeitsproduktivität und Investitionen sind seit 1989 im Vergleich zu den anderen Staaten Ost- und Mitteleuropas überproportional gesunken. Ein Ende des freien Falls der rumänischen Wirtschaft ist derzeit noch nicht abzusehen. Der Marsch der Bergarbeiter auf Bukarest vom September 1991 hat gezeigt, daß die Unzufriedenheit der Bevölkerung angesichts der wachsenden sozialen Kosten des Transformationsprozesses Gefahr läuft, von reformfeindlichen Kräften angestachelt und manipuliert zu werden. Um so erstaunlicher ist die Tatsache zu werten, daß sich im Oktober 1991 81 Prozent der Bevölkerung für die Marktwirtschaft aussprachen, 46 Prozent von ihnen waren sogar für eine raschere Gangart der Reform. Eine breite Mehrheit wünscht zudem ein gemeinsames Vorgehen aller gesellschaftlichen Kräfte jenseits der trennenden Parteigrenzen.

VI. Rumänien auf dem Weg zum Rechtsstaat

Am 21. November 1991 stimmte die am 20. Mai 1990 gewählte verfassungsgebende Versammlung über die neue rumänische Verfassung ab. Bei einer am 8. Dezember 1991 abgehaltenen Volksbefragung über die Verfassung stimmten 77,3 Prozent mit Ja, 20,4 Prozent mit Nein und 2,4 Prozent der Stimmen waren ungültig. Mit der Verabschiedung der Verfassung wurden die nach dem Sturz Ceauşescus gewährten Freiheiten festgeschrieben, die Gleichheit aller Bürger garantiert sowie die Rechte der Angehörigen nationaler Minderheiten auf die „Bewahrung, Entwicklung und Äußerung ihrer ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität“ geregelt. Der Pluralismus der politischen Parteien wird als „Bedingung und Garantie der verfassungsmäßigen Demokratie“ definiert. Garantiert werden außerdem die Unversehrtheit, Sicherheit und die individuelle Freiheit der Person, das Recht auf Bewegungs- und Nieder-

lassungsfreiheit, die Unversehrtheit des Wohnsitzes, das Postgeheimnis, Meinungs-, Presse- und Glaubensfreiheit, die Freiheit, friedlich zu demonstrieren, das Recht auf Privatbesitz sowie das Erbrecht.

Zwar wird das Prinzip der Gewaltenteilung im Text nicht ausdrücklich bekräftigt, doch sieht die Verfassung sehr wohl eine solche in der Praxis vor. Das Parlament als die einzige gesetzgebende Instanz besteht aus zwei Kammern – dem Abgeordnetenhaus und dem Senat –, die beide durch allgemeine, gleiche, direkte, geheime und freie Wahlen gewählt werden. Den Organisationen der nationalen Minderheiten, die bei den Wahlen nicht die erforderliche Wählerzahl für einen Parlamentssitz erzielen können, garantiert die Verfassung de jure einen Abgeordnetensitz. Ausdrücklich wird das Prinzip der unabhängigen und nur dem Gesetz verpflichteten Gerichtsbarkeit betont und die marktwirtschaftliche Option Rumäniens klar zum Ausdruck gebracht. Der Schutz des privaten und öffentlichen Eigentums wird garantiert.

Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung scheint der Übergang Rumäniens vom Totalitarismus zur Demokratie unumkehrbar zu sein. Eine autoritäre Verformung der nach französischem Vorbild angelegten Präsidialdemokratie ist für die Zukunft aber nicht ausgeschlossen. Auch türmt der Text der Verfassung vor einer nachträglichen Änderung der Verfassung schwere wenn nicht gar unüberwindliche bürokratische Hindernisse auf. Viele der nach dem Umsturz gewährten demokratischen Rechte und Freiheiten werden von der Verfassung zwar garantiert, deren praktische Ausübung dann aber an bestehende oder noch zu erlassende Einzelgesetze geknüpft. Bei den kommenden Wahlen könnte die bisher fast uneingeschränkt regierende FNR Stimmen und Einfluß verlieren. Künftige Regierungen mit wahrscheinlich wechselnden Koalitionen werden die Verantwortung für die sich erwartungsgemäß weiterhin verschlechternde wirtschaftliche Lage zu tragen haben. Die eigentliche Macht im Staate liegt nach der Verabschiedung der Verfassung in der Hand des Präsidenten und der ihn stützenden Institutionen Armee und Sicherheitsdienst.

Albaniens Weg zur Demokratie

I. Ein eigenartiger Reformprozeß

1. Die Wende in der letzten Hochburg des Stalinismus

Noch Anfang 1990, als die ersten Unruhen aus Shkoder von der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug verbreitet wurden¹, schien es, als ob die Umwälzungen und Reformbewegungen in Ost- und Südeuropa an der jahrzehntelangen selbstgewählten, ja von der alleinregierenden kommunistischen Partei den Bürgern Albaniens aufgezwungenen Abschottung von der Außenwelt in dieser Hochburg des Stalinismus vorläufig gar nichts ändern würden. Man hätte denken können, daß keiner so schnell die „Mauer“ um das kleine Balkanland herum würde niederreißen können, die das diktatorische Regime Enver Hoxhas aufgebaut hatte, um die albanischen Bürger vor den „schädlichen Einflüssen des kapitalistischen Westens“ und den Eroberungstendenzen der Nachbarländer zu schützen. Sicherlich wollte die kommunistische Regierung Albaniens ihren eigenen Weg beschreiten und die schwer erkämpfte Souveränität des Landes bewahren, der Effekt eines Nur-auf-sich-selbst-Konzentrierens war aber für die meisten Bürger – abgesehen von einer korrupten, privilegierten Schicht – nichts anderes als eine perfekte und sehr tragische Isolierung von den europäischen und weltpolitischen Ereignissen der letzten 45 Jahre. Diese Politik konnte auf Dauer nur verheerende Folgen haben, wie die erschütternden Bilder der letzten Zeit zeigen. Passend hat man die bisherige (Rück-)Entwicklung mit folgenden Worten charakterisiert: „Albanien stürzte 1990 auf das Niveau eines Vierte-Welt-Landes ab.“²

Enver Hoxha starb 1985, sein Mitstreiter und Nachfolger, Ramiz Alia, folgte ihm als kommunistischer Regierungschef und pflegte ebenfalls den Personenkult. Seine Bereitschaft zur Öffnung Albaniens, sein taktisches politisches Geschick gegenüber den stalinistischen „Betonköpfen“ seiner Partei, die

1 Vgl. Tanjug vom 12. 1. 1990

2 Imanuel Geiss, Explosives Gemenge von Völkern, Religionen und Kulturen, in: Das Parlament vom 28. 2./6. 3. 1992, S. 16.

Zusagen und Versprechungen angesichts der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung, seine Zustimmung zur Bildung eines Mehrparteiensystems und die Wiederherstellung der Religionsfreiheit haben ihm dazu verholfen, eine große Popularität in der Bevölkerung zu erreichen und die Führung des Landes in seinen Händen zu halten. So hat Albanien mit der kommunistischen Partei der Arbeit Albaniens (PAA) und mit Ramiz Alia an der Spitze etwa seit Mitte 1990 einen zwar zögernden, aber unwiderruflichen und unaufhaltbaren politischen und wirtschaftlichen Reformkurs eingeschlagen³. Noch am 18. Februar 1990 teilte der stellvertretende albanische Außenminister Sokrat Plaka gegenüber der Nachrichtenagentur Reuter in der Hauptstadt Tirana mit, daß Albanien auf eine Umorientierung der Außenpolitik hinarbeiten werde. Er sprach von der Möglichkeit einer künftigen Beteiligung an der Mitarbeit der KSZE-Staaten und einer Annäherung an die Europäische Gemeinschaft⁴.

2. Der Verzicht auf das kommunistische Parteimonopol und die Gründung von politischen Parteien

Um in Albanien einen Umsturz, wie er sich in Rumänien ereignet hatte, zu verhindern, hat die kommunistische Führung im Laufe des Jahres 1990 mehrere Präventivmaßnahmen beschlossen. Dazu gehörten das Recht auf einen Reisepaß, Abmilderungen einiger Bestimmungen im Strafgesetz – die Androhung der Todesstrafe wurde von 34 auf 11 Straftatbestände reduziert und die Republikflucht nicht mehr als Staatsverbrechen geahndet –, freie Religionsausübung, die Bildung eines Justizministeriums und die Einführung von Rechtsanwaltskanzleien⁵.

3 Vgl. Jozsef Bata, Auf einem schwierigen Weg. Albanien nach den ersten freien Wahlen, in: Herder Korrespondenz, 45 (1991) 5, S. 233–237.

4 Vgl. Albanien arbeitet auf Umorientierung hin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 2. 1990; die Aufnahme der Republik Albanien in die KSZE erfolgte auf Empfehlung des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher am 19. 6. 1991 in Berlin.

5 Vgl. Milorad Komatina, Der albanische Abschied vom Stalinismus, in: Internationale Politik (Belgrad), 42 (1991) 979, S. 23.

Aus den Protestkundgebungen von Studenten der „Enver-Hoxha-Universität“ Anfang Dezember 1990 in Tirana wurde eine Massendemonstration. Unter diesem Druck und aus der Angst, daß sich das „Botschaftsdrama“ vom Juli 1990 wiederholen könnte⁶, wurde am 11. Dezember 1990 das 13. Plenum der kommunistischen Partei der Arbeit Albaniens (PAA) einberufen. Nachdem fünf Mitglieder und zwei Kandidaten des elfköpfigen Politbüros ausgeschlossen worden waren, beschloß das Plenum, die Gründung von unabhängigen politischen Organisationen im Lande zuzulassen. Gleichzeitig wurden auch Parlamentswahlen für das Frühjahr 1991 angekündigt. Die Kommunisten hätten sich für den Wettbewerb verschiedener Parteien ausgesprochen, und die PAA hege keine Vorurteile gegenüber oppositionellen Gruppierungen, erklärte Staats- und Parteichefs Ramiz Alia. Um diesen radikalen Schritt vor den „hardlinern“ seiner Partei zu rechtfertigen, hob Alia hervor, daß die Zulassung anderer politischer Parteien ein Teil der von der Kommunistischen Partei eingeleiteten demokratischen Veränderungen sei. Die (Reform-) Kommunisten haben sich sogar vom Stalinismus losgesagt, am Marxismus-Leninismus wollten sie jedoch (vorläufig) festhalten⁷.

Die albanische Volksversammlung verabschiedete am 17. Dezember 1990 das „Dekret zur Bildung politischer Organisationen und Parteien in Albanien“⁸. Voraussetzung für deren Zulassung ist, daß die Bürger, die eine Partei gründen wollen, ihr Programm, Reglement oder Statut dem Justizministerium vorlegen. Über den Antrag sollen die zuständigen Organe dann innerhalb von dreißig Tagen entscheiden. Das Dekret verbietet die Bildung oder Fortsetzung der Aktivitäten (aus der Vorkriegszeit) von Parteien oder politischen Organisationen mit faschistischem, rassistischem, kriegshetzerischem und antinationalem Charakter und solche, die den nationalen Haß schüren oder den gewaltsamen Sturz der Gesellschaftsordnung beabsichtigen, wie sie in der Verfassung der Sozialistischen Volks-Republik Albaniens festgelegt ist. Die Parteien haben den Status einer juristischen Person und somit auch das Recht, über die notwendigen finanziellen Mittel für ihre Aktivitäten und für eine eigene Zeitung zu verfügen. Untersagt wurde dagegen eine unmittelbare oder indirekte finanzielle Unterstützung aus dem Aus-

land, von politischen Parteien anderer Staaten oder von Albanern mit Wohnsitz im Ausland. Gegebenenfalls werde der Staat diese Gelder konfiszieren⁹.

Noch bevor dieses Dekret in Kraft trat, wurde am 14. Dezember 1990 von mehreren tausend Studenten, Professoren und anderen Intellektuellen die erste oppositionelle Partei, die „Demokratische Partei“ (DP), in Tirana gegründet¹⁰. Später folgten die „Republikanische Partei“ (RP), die „Agrarpartei“ (AP), die „Sozial-Demokratische Partei“ (SDP), die „Ökologische Partei“ (ÖP) und die „Partei für die Nationale Union Albaniens“. Außer diesen Parteien wurden noch zahlreiche politische und soziale Organisationen ins Leben gerufen, wie z. B. „Omonia“ (die Organisation der griechischen Minderheit in Albanien), „Camerija“ (die Organisation der aus Griechenland stammenden Albaner), oder „Kosova“, eine Organisation, in der die aus der benachbarten serbischen Provinz Kosovo stammenden Albaner organisiert sind, sowie einer der bekanntesten Wohltätigkeitsvereine: die Organisation „Mutter Teresa“.

3. Reformansätze trotz mangelnder demokratischer Tradition

Nach beinahe 50 Jahren Einparteienherrschaft kann die albanische Gesellschaft nicht auf eine demokratische Tradition zurückblicken. Jedoch bildeten die Forderungen der oppositionellen Parteien die Grundlagen einer Demokratie, wie diese in anderen Staaten Europas und der Welt praktiziert wird. Charakteristisch für die Hauptforderungen der Opposition ist das, was die DP in ihrem Programm angekündigt hatte¹¹, nämlich Albanien in einen Rechtsstaat umzuwandeln, die Gesellschaft radikal zu demokratisieren, die Menschenrechte zu verwirklichen, die desolante Wirtschaftslage zu verbessern sowie die Marktwirtschaft einzuführen. Dem Bürokratismus und der behördlichen Schlamperei wurde der Kampf angesagt; die Ideologie müsse aus allen öffentlichen Bereichen verschwinden. Die Lage der albanischen Frau soll verbessert, eine 40-Stunden-Woche eingeführt und staatliche, aber auch religiöse Feiertage voll bezahlt werden. Außerdem sollen das Agrarpro-

9 Vgl. ebd.

10 Ausführlich über Gründung, Aufbau und Zielsetzungen der politischen Parteien und Organisationen siehe Ismije Beshiri, Pluralismus in Albanien?, in: Südosteuropa, 40 (1991) 10, S. 542–551.

11 Vgl. Radio Tirana, vom 26. 12. 1990, Demokratische Partei Albaniens stellt ihr Programm vor, in: RIAS-Monitor-Dienst vom 26. 12. 1990, S. 7.

6 Tausende von Ausreisewilligen hatten die verschiedenen ausländischen Vertretungen in Tirana gestürmt und einen Massenexodus erzwungen.

7 Vgl. Albanien will am Marxismus festhalten, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. 12. 1990.

8 Vgl. Radio Tirana vom 19. 12. 1990, in: RIAS-Monitor-Dienst vom 19. 12. 1990, S. 2f.

gramm und die Bodenreform zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bauern beitragen¹².

II. Die Reformpolitik Albanien

1. Die Aufhebung des jahrzehntelangen Religionsverbots begünstigt die politischen Reformen

Analysiert man die albanischen Ereignisse der vergangenen Jahre, muß man sich auch mit der Tatsache der Wiederezulassung der Religionen befassen. Dies allein schon deshalb, weil die bisher strikt verbotenen Religionsgemeinschaften eine wichtige Rolle in dieser Umbruchzeit gespielt haben¹³.

Die gesetzliche Legalisierung der Glaubensfreiheit in der damals noch Sozialistischen Volksrepublik Albanien im Mai 1990¹⁴ scheint eines der schmerzhaftesten Zugeständnisse der herrschenden Kommunisten gewesen zu sein. Dieser Akt setzte auch dem Wunschdenken, der „Erste atheistische Staat der Welt“ zu sein, ein Ende. Die Verfassung aus dem Jahre 1967 sprach im Paragraph 37 den albanischen Bürgern das Recht auf die Ausübung ihrer Religionen mit folgenden Worten ab: „Der Staat erkennt keinerlei Religion an, er fördert die atheistische Propaganda, damit das Volk mit der wissenschaftlich-materialistischen Weltanschauung vertraut wird.“

Entgegen dieser „Proklamation“ heißt es im revidierten Gesetzestext, der am 29. April 1991 verabschiedeten provisorischen Verfassung in Paragraph 7: „Die Republik Albanien ist ein säkularer Staat. Der Staat beachtet die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und schafft Bedingungen für ihre Ausübung.“

Durch seinen Einsatz für die Respektierung der Volksentscheidung in Sachen Religion hat der kommunistische Staats- und Parteichef Ramiz Alia dazu beigetragen, daß die islamische Glaubensgemeinschaft, aber auch die christlichen Kirchen wieder aufblühen. Denkbar ist es auch, daß sich mit

der Aufhebung des Religionsverbots – geprägt durch die Aussage Alia, die Menschen müßten selbst entscheiden, ob sie Gotteshäuser wollten oder nicht¹⁵ – der Staats- und Parteichef dafür erkenntlich zeigen wollte, daß gerade eine größere Anzahl von Gläubigen, vor allem katholische, am 11. und 14. Januar 1990 in der Stadt Shkoder zum ersten Mal öffentlich für Freiheit und Demokratie auf die Straße ging, antialtinistische Demonstrationen veranstaltete und somit sein Reformprogramm, wenn auch nur indirekt, unterstützte¹⁶. Aus dieser Protestaktion soll sich später ein kleiner politischer Kern herausgebildet haben. Es gab Meldungen, daß diese Menschen – Katholiken, Moslems und auch Orthodoxe – am 26. Dezember 1990 die „Volkspartei der religiösen Einheit“ gegründet hätten. Der katholische Priester aus Shkoder, Simon Jubani, soll sogar einer der Wortführer gewesen sein¹⁷. Anstelle einer ursprünglich geplanten Christlich-Demokratischen Partei habe man sich zugunsten einer allkonfessionellen Volkspartei entschieden. Dieser Versuch scheint jedoch gescheitert zu sein. Die Partei konnte keine Statuten aufstellen, und die Idee selbst soll beim katholischen Klerus Skepsis ausgelöst haben. Außerdem soll es offenbar einige Schwierigkeiten zwischen Moslems und Katholiken gegeben haben¹⁸.

Simon Jubani, der zu einer Symbolfigur des religiösen Aufbruchs in Albanien geworden ist, wurde auch von der kommunistischen Regierung schnell als friedensstiftende Person akzeptiert. Während der Studentenproteste Anfang Dezember 1990 hat man ihn gebeten, einen Appell zur Beruhigung der Lage über Radio Tirana zu verbreiten¹⁹. Ein Lehrer der Kunstakademie in Tirana drückte in einem Interview sogar die Hoffnung aus, die katholische Kirche könne zu einer allgemeinen Entspannung in Albanien beitragen und werde bald wieder den Platz in der albanischen Gesellschaft einnehmen, der ihr in der Geschichte immer gehört habe.

Ähnlich riefen Vertreter der Albanischen Islamischen Gemeinschaft angesichts der erneuten Unruhen im März 1991 die Bevölkerung zu einem friedlichen Zusammenleben auf, das sich an den mora-

12 Vgl. Hans-Joachim Hoppe, Albanien vor den Wahlen: Parteiensystem im Überblick, in: Aktuelle Analysen, (1992) 10, S. 4f.

13 Vgl. Jozsef Bata, Zur Lage der Religionen und der Gläubigen in Albanien, in: Informationen und Berichte – Digest des Ostens, Albertus-Magnus-Kolleg/Haus der Begegnung Königstein e. V. (Hrsg.), (1991) 8–9, S. 10–17.

14 Vgl. dazu die Meldung in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 5. 1990.

15 Vgl. Neues Deutschland vom 9. 11. 1990.

16 Vgl. Interview mit dem albanischen Priester Simon Jubani, in: Informationsdienst Kirche in Not/Ostpriesterhilfe, Königstein 1991, und in: Neue Zürcher Zeitung vom 31. 3./1. 4. 1991.

17 Vgl. Glaube in der 2. Welt, (1991) 2; KNA vom 13. 2. 1991.

18 Vgl. Informationsdienst Osteuropäisches Christentum (ID-OCHR) vom 31. 4. 1991; Viktor Meier, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 3. 1991.

19 Vgl. Radio Tirana vom 15. 12. 1990 und Frankfurter Rundschau vom 16. 2. 1991.

lischen und gesetzlichen Prinzipien orientieren sollte²⁰. Demnach läßt sich vermuten, daß das Wiedererwachen des religiösen Lebens für die Zukunft des Landes zu einem stabilisierenden Faktor wird.

2. Abrechnung mit der stalinistisch-hoxhaschen Ära

Am 21. Dezember 1990, zum 111. Geburtstag Stalins, wurden per Dekret und unter dem Druck demonstrierender Studenten alle Bilder und Statuen Stalins in Albanien entfernt²¹. Den Höhepunkt des symbolischen Neubeginns in Albanien bildete aber die Szene am 20. Februar 1991, als das überlebensgroße Hoxha-Denkmal auf dem Skanderbeg-Platz von einer riesigen aufgebracht Menschenmenge gestürzt und durch die Straßen geschleift wurde. Die Polizei gab zwar Warnschüsse ab, verbrüdete sich zum Teil jedoch mit den Demonstranten. Ähnliches wurde auch aus den Städten Durres und Korca gemeldet²². Es kam außerdem zu einer regelrechten Invasion der Bibliotheken und Buchhandlungen. Die Bücher von und über Enver Hoxha wurden verbrannt. Es soll sogar Personen gegeben haben, die ihre Privatbibliotheken von Hoxhas Schriften gesäubert haben²³.

Der Staats- und Parteichef Ramiz Alia gab auch den Forderungen der hungerstreikenden Studenten nach, indem er den Namen Enver Hoxhas aus der Bezeichnung der Universität hat streichen lassen²⁴. So verschwand der Staatsgründer nach und nach aus dem öffentlichen Leben. Seitdem werden seine Werke nur noch von Studenten zu Kabarettveranstaltungen vorgelesen²⁵. Einer Neubewertung der Rolle des kommunistischen Staatsgründers Enver Hoxha erteilte Alia jedoch eine klare Absage: Hoxha sei eine historische Figur mit tiefen Wurzeln im Volk, hatte er argumentiert²⁶. Zum sechsten Todestag von Hoxha haben lediglich Ramiz Alia und noch einige PAA-Mitglieder einen Kranz an seinem Grab niedergelegt, und landesweit fanden nur kleinere Gedenkveranstaltungen statt²⁷. Zu den zweiten und politisch gewichtigeren

Forderungen der Demonstranten gehörte der Rücktritt der bereits am 31. Januar 1991 umgebildeten Regierung von Ministerpräsident Adil Carcani. Ramiz Alia zeigte sich großzügig. Zunächst bildete er einen in der Verfassung nicht vorgesehenen achtköpfigen Präsidialrat unter seinem Vorsitz, um die Krise effektiver unter Kontrolle zu bekommen. Ihm gehörten außerdem der Regierungschef, eine Journalistin, je ein Schriftsteller, Wissenschaftler und ein Offizier sowie der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs und der ehemalige Parlamentspräsident an. Gleichzeitig hat Ramiz Alia eine neue Regierung ernannt²⁸. Ministerpräsident wurde der 39jährige Wirtschaftswissenschaftler Fatos Nano, der u. a. einen längeren Forschungsaufenthalt im Ausland aufzuweisen hatte. Als einziges der Politbüro-Mitglieder blieb Verteidigungsminister Kico Mustaqi im Kabinett. Ende Februar wurde der Direktor des Albanischen Fernsehens, Virgil Kule, entlassen, nicht etwa weil er von der Opposition als parteiisch beschuldigt wurde, sondern weil er den Sturz des Hoxha-Denkmal im Fernsehen ausstrahlen ließ²⁹.

3. Die ersten pluralistischen Wahlen und weitere Reformen

Am 31. März 1991 wurde es den 1 977 139 Wahlberechtigten in Albanien zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ermöglicht, ein Mehrparteienparlament zu wählen. Der Ostersonntag als Wahltermin symbolisierte, wenn auch unbeabsichtigt, das Wiedererwachen, ja die Neugeburt des demokratischen Lebens in ganz Albanien. Den Wahlergebnissen zufolge war die Mehrheit der Bevölkerung der Ansicht, die kommunistische PAA solle weiterhin die Verantwortung für die Staatsführung tragen. Nach den Mitteilungen der Zentralen Wahlkommission vom 2. und 8. April haben sich die albanischen Bürgerinnen und Bürger mit 98,9 Prozent in 5 480 Wahllokalen beteiligt. Von 250 Wahlbezirken hat in 238 die PAA 168 Sitze oder 67,2 Prozent der Sitze des Parlaments gewonnen. Die oppositionelle „Demokratische Partei Albanien“ (DPA) hat 75 Mandate oder 30 Prozent der Parlamentssitze errungen. Fünf Sitze hat die politische Organisation der griechischen Minderheit „Omonia“ und einen das „Komitee der Kriegsveteranen“ erhalten³⁰.

Die Opposition hat zwar eine Niederlage erlitten, aber nicht resigniert. Objektiv gesehen spielte die-

20 Vgl. Radio Tirana vom 9. 3. 1991.

21 Vgl. Zoran Dogramadziev, Drugi pad Envera Hodze (Der zweite Fall von Enver Hoxha), in: Vreme (Belgrad) vom 25. 2. 1991, S. 6.

22 Vgl. Michael Schmidt-Neke, Daten, Namen, Fakten, in: Albanische Hefte, 20 (1991) 2, S. 4.

23 Vgl. Z. Dogramadziev (Anm. 21), S. 7.

24 Vgl. ebd.

25 Vgl. Peter Danylow, Der Zerfall der wirtschaftlichen und politischen Ordnung in Jugoslawien und Albanien, in: SWP-AP 2687/Ebenhausen, S. 37/38.

26 Vgl. Gespannte Ruhe in Tirana, in: Süddeutsche Zeitung vom 25. 2. 1991.

27 Vgl. M. Schmidt-Neke (Anm. 22), S. 5.

28 Vgl. Gespannte Ruhe in Tirana (Anm. 26).

29 Vgl. M. Schmidt-Neke (Anm. 22), S. 4.

30 Vgl. Radio Tirana vom 2. und 8. 4. 1991, in: DW Monitor-Dienst Osteuropa vom 3. und 9. 4. 1991.

ser Wahlausgang nur eine Nebenrolle. Es schien viel wichtiger zu sein, daß die Menschen in Albanien nach über vierzig Jahren Diktatur und totalitärer kommunistischer Alleinherrschaft ihre politische Mündigkeit wiedererlangt haben. Nicht zu vergessen ist, daß es sich hier um die ersten, aber nicht um die letzten demokratischen Wahlen handelte und daß auch die oppositionellen Parteien, trotz des für sie enttäuschenden Wahlausgangs, mit ihrem Parlamentsmandat bei der Gestaltung der politischen Zukunft Albaniens einiges bewirken können. So kann man vor allem von einem Sieg der Demokratie in Albanien und nicht nur von dem Wahlsieg der PAA reden.

Die Demokratische Partei organisierte allerdings in mehreren Ortschaften Demonstrationen wegen angeblicher Wahlfälschungen. In Shkoder kam es sogar zu größeren Unruhen, wobei vier Menschen (vermutlich von Sicherheitskräften oder von Provokateuren des Geheimdienstes Sigurimi) erschossen wurden. Das örtliche Parteikomitee der PAA wurde gestürmt und verwüstet³¹. Die Lage hat sich zwar mit der Zeit beruhigt, die Aufklärung der blutigen Ereignisse und die Bestrafung der Verantwortlichen blieben aber eine Dauerforderung sowohl der Opposition als auch der Gewerkschaft³².

Ausländische Wahlbeobachter sprachen, abgesehen von einigen „Pannen“, doch übereinstimmend von einem freien, allerdings nicht immer fairen Wahlverlauf³³. Es gibt aber auch Berichte über den Mißbrauch religiöser Gefühle der Albaner während der Wahlkampagne³⁴. So habe man in den mehrheitlich von Katholiken bewohnten Gegenden erzählt, der Papst hätte sich in einer schriftlichen Botschaft aus Rom an sie gewandt und sie darum gebeten, unbedingt die PAA zu wählen. Andererseits seien unter der muslimischen Bevölkerung Ängste geweckt worden, falls sie ihre Stimme der DP gäben, müßten alle nach deren Wahlsieg zum Katholizismus übertreten.

Die Demokratische Partei hat zwar am 15. April 1991 die konstituierende Sitzung des neugewählten Parlaments boykottiert, sie hat jedoch zwei Tage

31 Vgl. Roland Hofwiler, „Sanfter Streik“ in Albanien, in: die tageszeitung vom 5. 4. 1991.

32 Vgl. Streikaufruf der Albanischen Opposition, in: Neue Zürcher Zeitung vom 5. 4. 1991.

33 Ausführlich dazu die Aussagen zweier Parlamentarier, Eberhard Brecht (SPD) und Gernot Ehler (SPD), die sich als Mitglieder der Bundestagsdelegation als Wahlbeobachter in Albanien aufhielten. Erste pluralistische Wahlen in Albanien, in: Albanische Hefte, 20 (1991) 2, S. 6f.

34 Nach mündlicher Mitteilung von Herrn Robert Elsie, der im Auftrag des Europäischen Parlaments als Wahlbeobachter vor Ort war.

später bei der zweiten Sitzung teilgenommen. Zum neuen Präsidenten der Volksversammlung wurde Kastriot Islami von der PAA gewählt.

Ein weiterer wichtiger politischer Schritt in dem begonnenen Demokratisierungsprozeß war die Verabschiedung der neuen provisorischen Verfassung am 28. April 1991. Die Volksrepublik wurde in Republik Albanien umbenannt. Auf der Grundlage des demokratischen Rechtsstaatsprinzips wurden in der neuen Verfassung politische Pluralismus, die Würde des Menschen, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, Gewaltenteilung, freie Wahlen und das Recht auf Privateigentum verankert³⁵.

Anfang Juni 1991 haben ein Generalstreik und die desolote Wirtschaftslage zu einer erneuten Regierungsumbildung geführt. Die neue, nichtparlamentarische „Regierung der Stabilität“ kam unter Beteiligung von Experten der PAA, der DP, der RP, der SDP und der AP zustande. Präsident Ramiz Alia ernannte den bisherigen Ernährungsminister Ylli Buffi (PAA) zum Ministerpräsidenten, der in sein Kabinett den Oppositionsführer und Universitätsprofessor für Ökonomie, Gramoz Pashko (DP), als Vizeministerpräsidenten berief³⁶.

Auf dem zehnten Parteitag hat sich die kommunistische „Partei der Arbeit Albaniens“ in „Sozialistische Partei Albaniens“ (SPA) umbenannt. Erst nach heftigen Kontroversen haben sich die Reformkräfte durchgesetzt. Neun ehemalige Politbüromitglieder wurden aus der Partei ausgeschlossen. Es hat sich gezeigt, wie empfindlich die alten kommunistischen „Betonköpfe“ damals noch reagierten. Die Angriffe des Vorsitzenden des albanischen Schriftsteller- und Künstlerverbandes, Dritero Agolli, gegen den ehemaligen Parteichef Enver Hoxha haben einen Tumult unter dessen Anhängern ausgelöst³⁷. Im ganzen gesehen endete der Parteitag positiv. Als wichtigste Zielsetzung wurden die Entblockierung der Industrie wegen der Mängel an Rohstoffen, die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und der sozialen Ruhe, die Vorbereitung der Gesetzgebung für die Marktwirtschaft und die Privatisierung beschlossen³⁸.

Anfang Juli kam es zu einer tatsächlichen Wende auch bei der albanischen Presse. Jede oppositio-

35 Vgl. Albanien nicht mehr „Volksrepublik“, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. 4. 1991.

36 Vgl. M. Schmidt-Neke, Daten, Namen, Fakten, in: Albanische Hefte, 20 (1991) 3, S. 4.

37 Vgl. Viktor Meier, Albanien muß von vorn beginnen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 6. 1991.

38 Vgl. Radio Tirana vom 13. 6. 1991, in: DW Monitor-Dienst Osteuropa vom 14. 6. 1991, S. 10.

nelle Partei hat zwar ihre Zeitung, nicht immer aber das nötige Geld und Papier für die Druckerei³⁹. In einem Kommentar hatte Radio Tirana darauf hingewiesen, daß die albanische Presse radikal erneuert werde. Die alten Dogmen und leeren Phrasen seien beseitigt worden. Die Zeitungen übten auch an höchsten Vertretern der Staatsorgane Kritik. Auch die Presse unterliege den Marktgesetzen, in erster Linie dem der Konkurrenz⁴⁰.

III. Die katastrophale Wirtschaftslage

1. Albanien – das ärmste Land Europas

Die Albaner leben traditionsgemäß in Großfamilien. Im Vergleich mit anderen europäischen Staaten hat das Land mit einem Altersdurchschnitt von 26–28 Jahren die jüngste Bevölkerung Europas. In der Nachkriegszeit gab es eine Pro-Geburten-Politik, so daß sich die Bevölkerung innerhalb von etwa 30 Jahren verdoppelte. Im Jahre 1960 hatte Albanien 1,6 Mio. Einwohner und bei der Volkszählung im Jahre 1989 schon 3,2 Mio.⁴¹. Das Pro-Kopf-Einkommen betrug in den letzten Jahren ca. 600 US-Dollar, und die Inflationsrate wird auf 60 bis 100 Prozent geschätzt. Allein im ersten Halbjahr 1990 ist der Output der albanischen Industrie um 36 Prozent geschrumpft, und die landwirtschaftlichen Erträge des Staates gingen um 50 Prozent zurück. Die Exporte waren im gleichen Zeitraum mit 41 Mio. US-Dollar ebenso wie die Importe mit 50 Mio. US-Dollar nur minimal. Die Auslandsschulden beliefen sich 1990 auf 450 Mio. US-Dollar und mit Zinsen sogar auf 700 Mio.⁴².

Auf dem Lande leben etwa 64 Prozent der albanischen Bevölkerung, und rund 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ist in der Landwirtschaft beschäftigt. Dabei gibt es nur relativ wenig bebaubaren Boden. Besonders in den bergigen Gegenden kommen auf jede Familie weniger als 0,3 bis 0,4 ha

Boden⁴³. Bereits im Sommer 1991 sprach man von über 50 000 Arbeitslosen⁴⁴. Im August hat die Regierung in Erwägung gezogen, erstmals in der Geschichte Albaniens Arbeitslosengeld einzuführen. In dem Entwurf „Soziale Beihilfen für Personen, die durch die Wirtschaftsreformen arbeitslos bleiben“ waren Zahlungen für die Dauer von einem Jahr nach dem Verlust des Arbeitsplatzes vorgesehen; sie sollten bei 70 Prozent des Mindestlohns liegen⁴⁵.

2. Die Frage der Schuld

Das Land der Skipetaren versinkt in immer tiefere Hoffnungslosigkeit. Bereits über 120 000 Tonnen Hilfsgüter sollen allein die italienischen Soldaten verteilt haben, die zur Koordinierung der ausländischen Hilfstransporte zur Zeit in Albanien stationiert sind. Wöchentlich kommen größere Mengen von Getreide, Bohnen, Butter und Fleisch an. Es scheint jedoch, daß man damit die Bevölkerung nicht zufriedenstellen kann⁴⁶. Albaniens Gesundheitswesen scheint am Ende zu sein. Augenzeugen berichten immer wieder von einem Bild des Grauens in den Krankenhäusern. Benötigt würden Medikamente im Wert von mindestens 12 Mio. US-Dollar und medizinisches Gerät⁴⁷. Die Kriminalität ist in Albanien sprunghaft gestiegen (die Mordfälle um 55 und die Raubdelikte sogar um 70 Prozent), so daß sich der seit dem 18. Dezember 1991 amtierende neue Ministerpräsident Vilson Ahmeti sogar an *Interpol* gewandt hat, um technische, finanzielle und fachliche Hilfe zu erbitten⁴⁸.

Eine Erklärung, jedoch keine Lösung der Lage Albaniens bot Staatschef Ramiz Alia im August des Vorjahres in einem Zeitungsinterview: „Unsere Wirtschaft ist aufgrund unserer Vergangenheit nur sehr schwach entwickelt. In der jetzigen Übergangsperiode der Reformen von der zentralisierten Planwirtschaft in die Marktwirtschaft wollen die Menschen nicht arbeiten. Sie lesen Zeitungen, sprechen miteinander, halten Reden und arbeiten nicht... Die Schwierigkeiten sind vorübergehend, aber sie existieren. Doch die Menschen, insbeson-

39 Aufschlußreiche Informationen dazu von M. Schmidt-Neke (Anm. 36), S. 6.

40 Vgl. dazu Radio Tirana vom 8. 7. 1991 in: DW Monitor-Dienst Osteuropa vom 9. 7. 1991.

41 Vgl. Radio Tirana vom 30. 5. 1991, in: RIAS-Monitor-Dienst vom 30. 5. 1991, S. 5.

42 Vgl. Yvonne Esterhazy, Die Nahrungsmittelversorgung stellt Tirana in diesem Winter vor unlösbare Probleme, in: Handelsblatt vom 12. 11. 1991.

43 Vgl. Iljaz Fishta/Dilaver Sadikaj, Economic Reform and the Process of Privatization of Albania's Economy, in: Südosteuropa, 40 (1991) 10, S. 531–545.

44 Vgl. Carl Gustaf Ströhm, Rette sich, wer kann, heißt die Parole in Albanien, in: Die Welt vom 15. 6. 1991.

45 Vgl. Arbeitslosengeld in Albanien, in: Frankfurter Rundschau vom 16. 8. 1991.

46 Vgl. Für uns gibt es keine Hoffnung mehr, in: Süddeutsche Zeitung vom 31. 1. 1992.

47 Vgl. In den Krankenhäusern herrscht das Grauen, in: Süddeutsche Zeitung vom 5. 2. 1992.

48 Vgl. Albnijs trazi pomoc Interpola (Albanien bittet um Hilfe Interpols), in: Borba (Belgrad) vom 17. 1. 1992.

dere die jungen, haben keine Geduld mehr; sie sehen keine Perspektiven. Und somit meinen sie, der Exodus sei der einzige Weg. Aber es ist kein Ausweg...“⁴⁹

3. Ausblick

Die vorgezogenen Neuwahlen wurden für den 22. März 1992 angesetzt. Da die Oppositionspar-

⁴⁹ Vgl. Der Exodus ist doch kein Ausweg, in: Süddeutsche Zeitung vom 21. 8. 1991.

teien in den letzten Monaten einen größeren Zulauf hatten und sich ihre Politiker gegenüber den herrschenden Sozialisten in vielen Dingen durchgesetzt und somit politische Ziele erreicht haben, ist es wahrscheinlicher als vor einem Jahr, daß die Demokratische Partei des 46jährigen Herzchirurgen Sali Berisha mit Stimmenmehrheit die Parlamentswahlen gewinnen wird. Die meisten Menschen in Albanien wünschen sich weniger einen „politischen“, als einen „wirtschaftlichen Frühling“.

Jens Reuter: Jugoslawien vor dem Zerfall

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/92, S. 3–12

1990 wurden in allen jugoslawischen Republiken erstmals seit dem Krieg freie Wahlen auf der Grundlage des Mehrparteiensystems abgehalten. Vier Republiken schüttelten die kommunistische Herrschaft ab. Nur in Serbien und Montenegro blieben die alten Kräfte am Ruder. Grundsätzlich hatten die kommunistischen Parteien in allen Republiken nur dann eine Chance beim Wähler, wenn es ihnen gelang, sich als Exponenten und Hüter nationaler Interessen darzustellen. In den vier Republiken, in denen die kommunistische Herrschaft abgelöst wurde, geschah das nicht auf Druck von unten. Es gab keine empörten Menschenmengen, die die Parteizentralen stürmten. Es waren die Kommunisten selbst, die Wahlgesetze verabschiedeten und ihre eigene Entmachtung vorbereiteten. Wenn sie demokratische Transformationen in der Hoffnung vornahmen, der Wähler werde ihren Reformeifer honorieren, sahen sie sich zumeist getäuscht.

Die Abnabelung Sloweniens und Kroatiens von der jugoslawischen Föderation sollte nach dem Willen der politischen Führungen beider Republiken im Wege der „einvernehmlichen Auflösung“ erfolgen. Nationaler Überschwang sorgte dafür, daß daraus Ende Juni 1991 eine faktische Sezession wurde. Der Krieg in Slowenien wurde rasch beendet, weil Serbien seine militärischen Kräfte auf den „Hauptfeind“ Kroatien konzentrieren wollte. Serbien befand sich zwar offiziell nicht im Krieg, hat den Krieg jedoch initiiert, finanziert und eskaliert. Bundesarmee und serbische Freischärler waren dabei ein Instrument serbischer Politik. Präsident Milosevic erklärte den Krieg für beendet, als Serbien am Ende seiner wirtschaftlichen Ressourcen angekommen war. Ein zweiter wichtiger Grund war die Kriegsmüdigkeit: Die jungen Männer sahen keinen Sinn mehr darin, in Kroatien zu kämpfen.

Mit der beschlossenen Entsendung von Blauhelmen scheint die Kriegsgefahr in Kroatien einstweilen gebannt. Doch in Bosnien-Herzegowina kam es in Zusammenhang mit der Volksabstimmung über die Unabhängigkeit der Republik zu einer Revolte der Serben. Ein neuer, noch schrecklicherer Krieg kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

Georgi Karasimeonov: Vom Kommunismus zur Demokratie in Bulgarien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/92, S. 13–22

Der Beitrag analysiert die Merkmale des Übergangs zur demokratischen Regierungsform in Bulgarien nach dem Sturz des kommunistischen Regimes im November 1989. Der Autor zeigt die Spezifika und die Etappen des bulgarischen Weges zur Demokratie auf, die mit der allmählichen Verdrängung der kommunistischen Nomenklatura aus der Macht auf dem Wege von Wahlen, bei Wahrung der demokratischen Prozeduren, verbunden sind. Die Erhaltung des sozialen Friedens beim Übergang zur parlamentarischen Demokratie und zur Marktwirtschaft gilt als eine der wesentlichsten Errungenschaften des Postkommunismus. Nach den Parlamentswahlen vom Oktober 1991 und den Präsidentschaftswahlen im Januar 1992, aus denen die demokratischen Kräfte als Sieger hervorgingen, kann man davon ausgehen, daß die Demokratie in Bulgarien ihre Legitimität erhalten hat.

Anneli Ute Gabanyi: Rumänien zwischen Revolution und Restauration

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/92, S. 23–31

Im Prozeß des Übergangs zu Demokratie und Marktwirtschaft spielt Rumänien eine Sonderrolle. Allein in diesem Lande wurde das Muster der „samtenen Revolutionen“ Ostmitteleuropas durchbrochen. In Rumänien fand ein antikommunistischer Volksaufstand statt, den sich eine gegen den damaligen Staats- und Parteichef Ceauşescu gerichtete Gruppe aus Partei, Militär und Sicherheitskräften zunutze gemacht hatte, um einen Regimewechsel „à la Perestrojka“ herbeizuführen.

Die politische Liberalisierung – Pluralismus, Meinungs- und Pressefreiheit, das Recht auf Privateigentum – ist in der inzwischen verabschiedeten neuen Verfassung verankert. Bei den ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen dominierte die nach dem Umsturz an die Macht gelangte „Front der Nationalen Rettung“, die jedoch seither Auflösungserscheinungen zeigt. Zugleich erfährt das alte Regime eine Restauration in Form neokommunistischer sowie extrem nationalistischer Parteien. Der gesetzliche Rahmen für die Reform des Wirtschaftssystems ist bereits weit fortgeschritten, doch in der Praxis stößt der Transformationsprozeß noch auf Widerstände und Hindernisse.

Jozsef Bata: Albaniens Weg zur Demokratie

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/92, S. 32-38

Die letzten Monate und Jahre haben gezeigt, daß Albanien große Anstrengungen unternommen hat, die jahrzehntelange Isolationspolitik aufzugeben und einen demokratischen Kurs einzuschlagen. In der Person des Reformkommunisten Ramiz Alia gelang den über drei Millionen Skipetaren eine Annäherung an die Weltpolitik. So wurde z. B. das Land in die KSZE aufgenommen.

Als Folge der jahrzehntelangen kommunistischen Mißwirtschaft wird Albanien immer wieder von größeren Unruhen erschüttert. Hungerrevolten, Massenflucht und Resignation besonders unter Jugendlichen charakterisieren den albanischen Alltag seit der Wende. Ein demokratischer Fortschritt ist ohne wirtschaftliche Hilfe des Auslandes nicht möglich. Investoren sind mehr als willkommen. Die Albaner wollen erfahren, daß auch sie wieder ein Teil Europas geworden sind.